Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł, monatl. 4,80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zł, monatl. 5,39 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł, Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postscheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 202. Bromberg, Sonntag den 4. September 1932. 56. Jahrg.

Unter dem britischen Dreizack.

(Von unserem Londoner Mitarbeiter.)

London, 1. September 1932.

Das englische Kabinett, welches bislang durch die Konferenz von Ottawa nicht nur geographisch in zwei Hälften geteilt als eine Art Doppeladler die Regierung ausübte — in Ottawa und in London — ist wieder vollzählig beisammen und steht im Begriff, sein politisches Programm wieder zusammenzuflicken. Man hatte sich etwas auseinandergelebt. Macdonald ist ja in der Zwischenzeit, während seine konservativen Kollegen in Kanada an dem englischen Zollvereinsplan arbeiteten, nicht müßig gewesen. Er hat an der englisch-französischen Verständigung gearbeitet, die dann auf der kleinen Insel Jersey zum ersten Mal, oder richtiger, wieder einmal zwischen Herriot und Sir Herbert Samuel, dem liberalen Innenminister, erörtert worden ist. Natürlich ist es ein Zufall, daß Herriot in Jersey Studien treibt. Natürlich ist es ein Zufall, daß Sir Herbert Samuel dort hinreist — aber ein Zufall von der Art, wie sie schon so manchen politischen Unfall verursacht haben. Auch manchen Umfall.

Hier liegen die Dinge aber anders. Es ist an sich kennzeichnend, daß Herriot, schon geographisch gesehen, auf halbem Wege entgegengekommen ist, und daß das Schwergewicht der Verhandlung ganz langsam nach der Richtung Englands herübergleitet. Was dabei herausgekommen ist, bleibt vorläufig in tiefes Dunkel gehüllt. Die Berichte über die Aussprache, die man in die Welt hinausgekabelt hat, entsprechen natürlich den Tatsachen; aber diese Tatsachen umfassen ja nur einen winzigen Ausschnitt aus dem Ganzen. Die Welt ist durchaus nicht in der Lage, sich ein Bild von dem Anzug zu machen, der den europäischen Völkern verpaßt werden soll. Die gezeigte Stoffprobe war eben gar zu klein.

Wir können aber mit Gewißheit annehmen, daß die deutsche Gleichberechtigung in der Wehrfrage einen sehr wesentlichen Teil der Aussprache gebildet hat, den Hauptteil, und diese selbst in dem Falle, daß man gar nicht davon gesprochen hat. Stimmt die Nachricht von der Wiederbelebung der berüchtigten „Entente Cordiale", die aus Frankreich herüberdringt, so wäre die „Entente Cordiale" die Antwort auf die deutschen Wehrforderungen, wenn es nach dem Wunsche Frankreichs ginge. Geht es das aber? Das ist mehr als fraglich! Nur eine ernste Gefahr muß hier ins Auge gefaßt werden: Die Friedensseligkeit Macdonalds, dem, wie der Verlauf der Verhandlungen in Lausanne und das dort abgeschlossene Gentleman-Agreement zeigte, der Weltfriede jedes Opfer wert ist, einschließlich des Opfers der mitteleuropäischen Zukunft.

Inzwischen sind nun aber die Tritonen und Nereiden aus Ottawa zurückgekehrt: Chamberlain, Baldwin, der Führer der Delegation. Und über der englischen Staatsleitung qualmt wieder friedlich und behaglich das Pfeifchen Baldwins und verbreitet konservativen Geruch. Der große Wurf einer Konsolidierung des Reiches ist gelungen. Ottawa übertraf alle Hoffnungen und Erwartungen. Hier ist mehr zustande gekommen, als die Welt weiß und auch mehr, als die Engländer bisher selber wissen.

Man hat in deutschen Berichten sehr viel nach Zahlen gefragt. Zahlen sind aber das Geringste; entscheidend ist das politische Resultat von Ottawa. Das englische Imperium hat sich dort eine neue Form gegeben. Der angelsächsische Bundesstaat hat in Ottawa seinen ökonomischen Unterbau erhalten. Das klingt harmlos und nebensächlich. In Wahrheit ist aber damit die wirtschaftliche Belastungsfähigkeit des britischen Reichsgedankens auf die Probe gestellt worden. Diese Probe ist glänzend bestanden. Niemand wurde übervorteilt, so sagte Bandwin, niemand übers Ohr gehauen. Das war unser wirkliches Ziel. Wäre das nämlich geschehen, so erläuterte er weiter, so hätte man vielleicht Sensationen, aber keine staatsmännischen Erfolge von Dauer erreicht. Die nebenher erreichten zahlenmäßigen Aussichten sind übrigens nicht unbeträchtlich. Sie sind so bedeutend, daß die Amerikaner sichtlich etwas nervös geworden wären, hätte man nicht Mittel und Wege gefunden, ihre Besorgnisse zu beschwichtigen. Es ist heute noch nicht ganz klar, wie man das fertig bekommen hat. Man sollte aber auf Überraschungen gefaßt sein. Ist in Ottawa eine Arbeitsgemeinschaft der englisch sprechenden Nationen zustande gekommen, einschließlich Amerikas?

Erst die kommende Weltwirtschaftskonferenz wird den Schleier lüften. Der Gouverneur der Bank von England reiste nämlich in Amerika herum, als man in Ottawa tagte. Es ist also nicht merkwürdig, wenn man allgemein Ahnungen bekommt. Ist gar die Teilung der Welt unter den Angelsachsen beschlossen worden?

In Ottawa ist nämlich gezeigt worden, wie man in aller Öffentlichkeit Geheimdiplomatie treiben kann, und die Ergebnisse dieser Geheimdiplomatie sind denn wohl auch der Grund der plötzlichen Reise Herriots nach der Insel Jersey. Dort ist Herriot einem neuen englischen Machtwillen begegnet. Um ihn zu verschleiern, hat man Herrn Samuel, der ein sehr verbindlicher Mann ist, zum Sprecher gewählt, einen Mann liberalen Geistes, einen Künstler des Kompromisses, einen Mann der Formeln. Er hat es ja zustande bekommen, im Kabinett zu bleiben, obwohl er mit allen verschiedener Meinung war. Er stimmte mit seinen Kollegen nur in der Feststellung überein, daß er anderer Meinung sei als sie.

Hier fände sich denn auch vielleicht die Zauberformel der englisch-französischen Einigung, sofern nicht eben Macdonald wieder einmal Genfer Protokoll-Gedankengänge hegt, was wir nicht wissen, was aber automatisch auf die deutschen Wünsche betreffend Umbau der Reichswehr führt.

Hier stehen die Dinge so: England steht den deutschen Wünschen prinzipiell freundlich gegenüber, praktisch aber nicht. Denn: der Flottenpakt mit Frankreich ist noch immer nicht unter Dach und Fach. Solange das nicht der Fall ist, besitzt Frankreich eine schneidende Waffe zur Bedrohung der englischen Sicherheit. Man sollte diese Drohung sehr ernst nehmen. England befindet sich in einer Zwickmühle, vor einer moralischen Versuchung. Man könnte sich wahrscheinlich mit Frankreich sofort einigen, wenn man den französischen Standpunkt zur deutschen Frage annähme, um dafür das Flottenabkommen einzuhandeln. Das will man aber offenbar nicht. Die Engländer wissen sehr wohl, daß eine Erneuerung der deutschen Wehrmacht letzten Endes in ihrem eigenen Interesse läge, auf lange Sicht gesehen. Aber gegenwärtig schafft das Unbequemlichkeiten. Es vergrößert die Unruhe in Europa. Es lenkt ab. Und deshalb hat Herriot wiederum eine starke Stellung gegenüber England. Er kann den Programmablauf der englischen Politik empfindlich stören.

Dessen Hauptpunkt liegt auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Weltwirtschaftskonferenz soll für die Weltwirtschaft ungefähr das Gleiche bringen wie Ottawa für das Britische Reich. Das ist ein schönes und großes Ziel; aber ob es sich wird verwirklichen lassen, muß abgewartet werden. Wir müssen uns vorläufig mit der Feststellung begnügen, daß England den Dreizack wieder fester packt und eine Politik des nationalen Willens entschlossen betreiben will. Es liegt etwas in der Luft. Wir werden mehr auf England merken müssen, als wir das bisher zu tun gewöhnt waren.

*

Zum Besuch Montagu Normans in Amerika.

Newyork, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der republikanische Abgeordnete und Finanzsachverständige Wood glaubt — wie er nach einer Konferenz mit Hoover, mit dem er eng befreundet sein soll, erklärte — daß Montagu Norman bei seinem Besuch in Amerika den Weg für die Verlängerung des Kriegsschulden-Moratoriums geebnet habe. Es sei ein neues Vorgehen in Richtung der Kriegsschulden-Streichung oder der Verlängerung des Moratoriums zu erwarten. In amerikanischen Kongreßkreisen herrscht Beunruhigung über die angeblichen geheimen Besprechungen Normans mit führenden Bankiers und Regierungsbeamten. Es besteht der Eindruck, daß Norman gewisse Zusicherungen für eine Vorzugsbehandlung Englands durch Amerika erhalten habe.

Noch keine Antwort Herriots.

Paris, 3. September. (PAT.) Im Quai d'Orsay werden die Gerüchte dementiert, nach welchen Ministerpräsident Herriot bereits eine Antwort auf die deutsche Denkschrift vorbereitet hätte. Von der Umgebung des Ministerprsidenten werden folgende Informationen erteilt:

Schon in der Abrüstungskonferenz in Genf erklärte der deutsche Delegierte Nadolny, daß man endlich direkte deutsch-französische Gespräche einleiten müßte. Bald darauf interpellierten die deutschen Minister wiederholt in dieser Frage den französischen Botschafter in Berlin, der jedoch erwiderte, daß das Abkommen von Locarno, das eine Fortsetzung des Versailler Traktats sei, die Verwirklichung der deutschen Forderungen etwas kompliziere. In Berlin erinnerte man sich daran, daß man schon vorher versucht hatte, direkte Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten Herriot anzubahnen, der jedoch für Gespräche über dieses Thema nicht gern zu haben war. Infolgedessen hat Deutschland eine Denkschrift formuliert, nicht aber eine diplomatische Note. Ministerpräsident Herriot sowie seine nächsten Mitarbeiter studieren seit gestern das von deutscher Seite niedergelegte Dokument.

Paris, so heißt es in der Information weiter, habe durchaus nicht die Absicht, den Inhalt des Dokuments ausschließlich für sich zu behalten. Das französische Kabinett wünsche im Gegenteil, daß man in Washington, London, Brüssel, Rom und Warschau genau die Forderungen Deutschlands und den Inhalt der französisch-deutschen Unterredungen kennen lerne. In Paris habe man nicht vergessen, daß das Versailler Traktat von 26 Mächten unterzeichnet worden sei. Die Französische Regierung habe ihre Botschafter und Vertreter in den befreundeten oder früher befreundeten Ländern angewiesen, die entsprechenden Stellen von dem Inhalt der deutschen Note in Kenntnis zu setzen und Informationen über die Ansichten dieser Staaten über diese Frage einzusenden. In Paris beschäftige man sich gegenwärtig damit, ob die von Deutschland aufgeworfene Frage diplomatische Verhandlungen erfordere, oder ob man sie dem Völkerbunde oder schließlich der Abrüstungskonferenz unterbreiten solle.

*

Paris, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Presse setzt den Sturmlauf gegen den deutschen Schritt in der Gleichberechtigungsfrage fort. Das „Journal" bezeichnet die deutsche Forderung als einen direkten Schlag gegen die Abrüstung.

*

François-Poncet bei Neurath.

Der französische Botschafter François-Poncet hatte am Freitag im Auswärtigen Amt eine Unterredung mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath. Gegenstand der Aussprache waren wieder die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung und der Inhalt der Aufzeichnungen, die durch Indiskretion von Havas bekannt geworden sind.

*

Noch keine Einzelheiten.

Berlin, 3. September. (PAT.) Als Antwort auf die Vorwürfe einer Auslandspresse wird von maßgebender deutscher Seite noch einmal betont, daß sich das deutsche Rüstungsmemorial, das durch Vermittlung des französischen Botschafters in Berlin der Französischen Regierung zugestellt wurde, nur mit dem grundsätzlichen Standpunkt der Deutschen Regierung, nicht aber eingehend mit den deutschen Forderungen beschäftigt. Auch in dem Gespräch, das der Reichsaußenminister, sowie der Reichswehrminister bei der Überreichung des Memorials mit dem Botschafter François-Poncet hatten, wurden Einzelheiten, wie z. B. die Waffengattungen, nicht berührt.

*

Das englische Kabinett

berät über die deutschen Forderungen.

London, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Ministerpräsident Macdonald ist nach Lossiemouth zurückgekehrt, nachdem er während seines Aufenthaltes in Balmoral Gelegenheit zu Unterredungen mit Außenminister Sir John Simon hatte. Es wird angenommen, daß auch die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands zur Sprache gekommen ist. Macdonald beabsichtigt, wie verlautet, voraussichtlich zu Beginn der kommenden Woche eine Kabinettssitzung einzuberufen, in der die deutsche Forderung zur Sprache kommen wird und Sir Herbert Samuel über seine Unterredungen mit dem französischen Ministerpräsidenten auf der Kanalinsel Jersey berichten soll.

Begnadigung beschlossen.

Beuthener Todesurteile in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt.

Berlin, 3. September. (PAT) **Das Preußische Staatsministerium hat in seiner gestrigen Sitzung den Beschluß gefaßt, die wegen Todschlags an dem kommunistischen Landarbeiter Pietrzuk von dem Beuthener Sondergericht zum Tode verurteilten fünf SA-Leute zu lebenslänglichem Zuchthaus zu begnadigen.** Es handelt sich um 1. den Elektriker Reinhold Kottisch, 2. den Grubenarbeiter Rufin Wolnitza, 3. den Heuer August Gräupner, 4. den Markenkontrolleur Hellmuth Müller, die wegen Todschlags, begangen als Angreifer aus politischen Beweggründen und 5. den Gastwirt Paul Lachmann (wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen) zum Tode verurteilt worden waren. Nach der amtlichen Erklärung nahm die Regierung als mildernden Umstand an, daß die Verurteilten zurzeit der Tat noch keine Kenntnis von der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August und ihrer Strafandrohung gehabt hatten.

Wie man hört, hat die Verteidigung einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt, und es sei nicht anzunehmen, daß sich die kommissarische Regierung dem Wiederaufnahmeverfahren widersetzen werde, dessen Einleitung ja durch die Notverordnung sogar außerordentlich erleichtert wird. Das Wiederaufnahmeverfahren würde vor einem ordentlichen Gericht, und zwar vor einem Schwurgericht stattfinden, daß aber ebenfalls an die Strafandrohungen der Notverordnung gebunden ist.

*

Die Aufnahme der Begnadigung.

München, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.) In der NSK wird ein Drahtbericht des Beuthener Berichterstatters über die Aufnahme der Begnadigung wiedergegeben. Darin heißt es, diese „Begnadigung" sei ein neuer Schlag für das deutsche Empfinden. Wenn die Regierung glaubt, daß dieser Spruch zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen könne, so sei sie falsch unterrichtet. Die NSDAP müsse nun ihre ganze Kraft auf das Wiederaufnahmeverfahren stellen.

*

Die Beuthener Verurteilten nach Groß-Strelitz übergeführt.

Beuthen, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die am Freitag vom preußischen Staatsministerium zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten fünf Nationalsozialisten sind am Sonnabend früh um 3 Uhr in das Zuchthaus nach Groß Strelitz übergeführt worden. Der Abtransport verlief ohne jede Störung, da der Zeitpunkt in der Öffentlichkeit nicht bekannt war. In Beuthen und in ganz Oberschlesien herrscht völlige Ruhe.

*

Die Beuthener Begnadigung im englischen Urteil.

London, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.) Zu dem Begnadungsbeschluß in Beuthen schreibt **„Daily Telegraph“**, daß dies ein sehr geschickter Zug der Deutschen Regierung gewesen sei, die auch bei dieser Gelegenheit den Sieg über Hitler errungen habe. Der Regierung sei es im übrigen gelungen, Hitler in die sinnwidrige Lage eines Vorkämpfers für die Rechte des Reichtstages hineinzumanövrieren. Sie wisse, daß die Stimmung in Deutschland sich zugunsten einer vom Reichspräsidenten abhängigen Regierung entwickle, wenn diese den inneren Frieden aufrecht erhalten und die Wirtschaft wieder ankurbeln kann. Sie wisse auch, daß das Wirtschaftsprogramm und die Aufrollung der Frage der Rüstungsgleichheit einen guten Eindruck gemacht hätten. **Die Stellung der Regierung sei viel stärker als letzthin.**

Die **„Times“** erklären, daß der Begnadigungsbeschluß der Preußischen Regierung dem Gefühl der öffentlichen Meinung entgegenkomme und keinesfalls als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden dürfe. Auch **„Daily Expreß“** betonte, daß die Begnadigung eine kluge Handlung darstelle.

Ein Präsidialblock für Neuwahlen?

Die weitere Entwicklung im Reich.

Berlin, 3. September. (PAT) Nach Presseinformationen wird die weitere Entwicklung der innerpolitischen Ereignisse im Reich ein langsameres Tempo einnehmen, da es den parlamentarischen Parteien jetzt daran liege, Zeit zu gewinnen. Die nächste Sitzung des Reichstages, welcher der Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Reichspräsidenten von Hindenburg vorangehen wird, wird am 12. oder 13. d. M. erwartet. In der Zwischenzeit bemühen sich sowohl die Regierung als auch die Opposition, ihre Stellungen zu festigen. **In Regierungskreisen gibt man deutlich zu verstehen, daß der Kanzler vor der Ausschreibung von Neuwahlen nach der Reichstagsauflösung nicht zurückschrecken werde. Die Regierung wünsche sich dabei auf diejenigen Parteien und Organisationen zu stützen, die sich wohlwollend den Absichten des Kabinetts gegenüber einstellen. Auf diese Weise rechnet die Regierung mit der Möglichkeit, für den Fall der Wahlen einen Präsidialblock zu bilden.**

Die Regierung steht ferner auf dem Standpunkt, daß sie später auch vom Zentrum unterstützt werden dürfte, in der Erwartung, daß die Koalitionsverhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum zu einer wesentlichen Vereinheitlichung der Interessen dieser beiden Parteien nicht führen werden.

*

Die Deutschnationalen machen nicht mit?

Nach der Ankündigung des nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Göring soll das Präsidium des Reichstags in dem Vortrag beim Reichspräsidenten darauf hinweisen, daß im Reichstag eine nationale Mehrheit vorhanden sei, die die Arbeitsfähigkeit des Parlaments sichern könne. Wie die „Voss. Zeitg.“ meldet, lassen die Deutschnationalen jetzt wissen, **daß Vizepräsident Graef jedem Versuch Görings entgegentreten werde, dem Reichspräsidenten gelegentlich des Antrittsbesuchs „politische Ansichten aufzudrängen“.**

Graef werde — wenn es durch die Haltung der anderen Mitglieder des Präsidiums notwendig werden sollte — zum Ausdruck bringen, die Deutschnationalen seien nicht der Auffassung, daß der Reichstag „eine große, arbeitsfähige Mehrheit“ habe. **Die Deutschnationalen würden keinen Schritt mitmachen, der von dem gegenwärtigen System des Präsidialkabinetts zum parlamentarischen System zurückführt.**

*

Nationalsozialistischer Antrag gegen Papen.

In Form eines Entschließungsantrages fordert die Nationalsozialistische Fraktion den Preußischen Landtag auf, dem Reichskanzler v. Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar seine Mißbilligung auszusprechen.

In der Begründung zu diesm Antrag heißt es:

„Der Herr Reichskommissar von Preußen, von Papen, hat durch seinen Beauftragten entgegen dem Willen des Volkes eine antisoziale, reaktionäre Wirtschafts-, Personal- und Kulturpolitik getrieben.

Seine Verwaltungsreform zerstört das landschaftliche Eigenleben und verstärkt die Berliner Bureaukratie.

Er stellt deutsche Arbeiter, die ihr Leben für den deutschen Befreiungskampf einsetzen, mit Landesverrätern und polnischen Insurgenten auf eine Stufe.“ (Nur dem Staat gebührt die Justiz, die er nur in ausgesprochenen Notwehrfällen an Privatpersonen überträgt. D. R.)

*

Warnung der Gewerkschaften.

Den Protesten gegen den „Papen-Plan“ schließt sich auch der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes an. Der Versuch, die Erwerbslosen wieder ins Wirtschaftsleben einzugliedern, dürfe nicht auf Kosten des Einkommens der noch Arbeitenden gemacht werden. Während auf der einen Seite die Investitionslust der Unternehmer angeregt werden soll, geschehe auf der anderen Seite nichts für eine Hebung der Kaufkraft, die für den Absatz der erweiterten Produktion Vorbedingung sei.

Eine große Gefahr wird auch in einer ungerechtfertigten Verschiebung der Wettbewerbsverhältnisse zwischen den Unternehmungen erblickt. Gegen Mißbrauch dieser Erleichterungen sei schärfste Kontrolle unter Einschaltung der Tarifvertragsparteien (also auch der Arbeitnehmer) **notwendig.**

Die jüngsten Abgeordneten.

Aus dem jetzt erscheinenden Reichstagshandbuch 1932 ergibt sich, daß im neuen Reichstag 59 Abgeordnete vorhanden sind, die jünger als 32 Jahre sind. Der Jahrgang 1900 ist bei den Kommunisten durch einen, bei den Nationalsozialisten durch 20 Abgeordnete vertreten, der Jahrgang 1901 durch einen Kommunisten und 8 Nationalsozialisten, der listen, 1903 durch 3 Kommunisten und 6 Nationalsozialisten, listen, 6903 durch 3 Kommunisten und 6 Nationalsozialisten, 1904 durch einen Kommunisten und 3 Nationalsozialisten, 1905 durch einen Kommunisten und 3 Nattonalsozialisten.

Der Jahrgang 1906 ist merkwürdigerweise im Reichstag nicht vertreten. Der Jahrgang 1907 dagegen ist durch 4 Mitglieder vertreten. Diese Abgeordneten sind also gerade eben 25 Jahre alt geworden. Das jüngste Mitglied des Reichstags ist der kommunistische Abgeordnete Janka, der am 17. Mai 1907 in Chemnitz geboren wurde. Es folgt ihm im Lebensalter der Reichsjugendführer der Hitlerjugend, Baldur von Schirach, der am 9. Mai 1907 in Berlin geboren ist. Der Nationalsozialist Nötzelmann ist am 14. März 1907 in Königsberg geboren; er ist als Schlossergeselle tätig. Der kommunistische Abgeordnete Karl Bartel ist am 20. März 1907 in Lohmen bei Pirna geboren. Bemerkenswert ist ferner, daß der 1905 geborene frühere Leutnant Hanns Ludin, der im Ulmer Reichswehrprozeß hervortrat und jetzt der nationalsozialistischen Fraktion angehört, seinen gegenwärtigen Beruf als Student der Rechte angibt.

*

„Vom Todeskampf des deutschen Parlamentarismus.“

Italienische Pressestimmen.

„Der lange Todeskampf des deutschen Parlamentarismus“, so schreibt der Berliner Vertreter des **„Giornale d'Italia“**, „steht vor seinem Ende. Der Reichskanzler gibt dem deutschen Parlamentarismus den Gnadenstoß. Papen will augenblicklich dem Lande beweisen, daß er dem Geschwätz von über 600 Reichstagsabgeordneten ein fruchtbares Arbeitsprogramm entgegensetzt, daß man zum ersten Mal, und zwar außerhalb des Parlaments, energische Maßnahmen trifft, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und daß man erst heute nach jahrzehntelangem Gerede eine Verwaltungsreform durchführt, die alle ersehnt haben. Der Reichskanzler will der leeren und wirkungslosen Beredsamkeit einer uneinigen parlamentarischen Vertretung Tatsachen gegenüberstellen.“

„Messagero“ schreibt zu der Reichstagssitzung: über 1000 Parlamentarier des Reiches und des Landtages hatten sich versammelt, um ihre parlamentarische Geschäftigkeit zu beginnen, während ihr Einfluß und das Gewicht ihrer Beschlüsse gleich Null ist. In erster Linie fielen die Anstrengungen einer parlamentarischen Versammlung ins Auge, ihre Lebensfähigkeit und ihre Arbeitsmöglichkeit zu beweisen, während die Stelle, die z. Zt. die Macht besitzt, sie bereits zum Tode verurteilt hatte.

Stahlhelm-Tagung in Berlin.

Berlin, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrige Eröffnung der Stahlhelm-Tagung gestaltete sich zu einer imposanten Huldigung zu Ehren der im Saal anwesenden Vertreter des Hohenzollern-Hauses. Anwesend waren u. a. der ehemalige Kronprinz Wilhelm von Preußen, der in der Uniform eines Husarenoffiziers erschienen war, Prinz Oskar von Preußen, sowie andere Mitglieder des Hohenzollern-Hauses, außerdem zahlreiche Generäle der ehemaligen kaiserlichen Armee. Aus Wien war auch der Führer der Heimwehr, Fürst Starhemberg, erschienen.

In der Eröffnungsansprache begrüßte Major Stephani die Gäste und Teilnehmer und betonte, daß zum ersten Mal seit 13 Jahren die offiziellen Vertreter der Reichsregierung und Preußens ihre Teilnahme zugesagt hätten.

*

Die englische Presse zur Stahlhelm-Tagung.

London, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die englische Presse widmet der Stahlhelm-Tagung in Berlin große Aufmerksamkeit und weist besonders darauf hin, daß neben Mitgliedern des Hohenzollernhauses auch führende Mitglieder des Kabinetts an der Sportpalast-Kundgebung teilgenommen haben. Die „Times“ überschreiben ihren Bericht über die Kundgebung: „Das Reichskabinett adoptiert den Stahlhelm“. Die konservative „Morningpost“ bringt die Kundgebung in großer Aufmachung und eröffnet ihren Bericht mit den Worten: „Der Stahlhelm ist diejenige machtvolle Organisation Deutschlands, die dem englischen Konservativismus geistig verwandt ist.“ Die Tagung kann dem Reichskanzler bei den augenblicklichen Verhältnissen nur willkommen sein. Die ganze Organisation und der Geist des Stahlhelm geht darauf hinaus, den Frontgeist der alten Armee aufrecht zu erhalten. „Daily Mail“ betont, daß der Stahlhelm den Reichskanzler unterstütze. Die Kundgebung im Sportpalast habe die ruhmreiche Vergangenheit Deutsch**lands wieder wachgerufen.**

Demonstration vor dem polnischen Konsulat in Oppeln.

Oppeln, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern abend 10½ Uhr versuchten bis jetzt unbekannte Täter im Gebäude des polnischen Generalkonsuls in Oppeln die Scheiben einzuschlagen. Der Polizeibeamte der vor dem Gebäude Dienst tat, versuchte die Täter zu stellen, wurde von ihnen jedoch durch mehrere Revolverschüsse schwer verletzt.

Des verletzten deutschen Polizeibeamten nahm sich das Personal des polnischen Konsulats an, das die Polizei alarmierte. In kurzer Zeit traf die Polizeibereitschaft mit dem Polizeipräsidenten ein, der dem polnischen Generalkonsul sein Bedauern über dieses Attentat und seinen Dank für die dem verwundeten Polizeibeamten erteilte Hilfe aussprach.

Bandenkämpfe in Polesien.

In den letzten Tagen erschienen in einem Teil der Auslandspresse Meldungen, nach welchen zur Erstickung von Unruhen auf dem Gebiet von Polisien starke Militärkräfte aufgeboten worden seien. Die Kämpfe hätten eine große Zahl von Opfern unter der dortigen Bevölkerung gefordert. **In Wirklichkeit stellt sich die Sache,** wie die offiziöse **„Gazeta Polska“ meldet, wie folgt dar:**

Im Juli trieb im Kreise Kamień—Koszyrsk eine Bande ihr Unwesen, **die auf örtliche** jüdische Kaufleute **und auf das orthodoxe Kloster in Mielc** mehrere Raubüberfälle verübte. **Verschärfte Sicherheitsmaßnahmen** erstickten das Treiben **der Banditen im Keime, verhinderten** weitere überfälle und veranstalteten Streifen auf der Suche nach den Tätern. **Nach einer mehrtägigen Verfolgung** in dem sehr schwer passierbaren **Gebiet wurden mehrere** Personen verhaftet, die unter dem Verdacht standen, der Bande angehört bzw. mit ihr **zusammengearbeitet** zu haben. Zwei Personen wurden dem Standgericht überwiesen. Die Kommunistische Partei **versucht** nun, aus diesem Treiben der Banditen **für sich Kapital zu schlagen,** indem sie dieses Bandenunwesen in ihrer **Literatur als einen** „Aufstand der örtlichen Bevölkerung gegen die Behörden“ darstellt, um die Aktion der Banditen für ihre Zwecke auszunutzen. Diese Darstellung entspricht durchaus nicht den Tatsachen, da die **örtliche Bevölkerung,** sehr wenige Fälle ausgenommen, den Sicherheitsbehörden Hilfsdienste geleistet **und dadurch** zur Verhaftung der Banditen beigetragen hat.

Die in einem Teil der **Auslandspresse** trotz des offiziellen Communiqués der **Polnischen Telegraphen-Agentur** vom 12. August d. J. verbreiteten unwahren Nachrichten, stammen wahrscheinlich aus Quellen, die offenbar ein Interesse daran haben, daß in Polesien solche Zustände eintreten.

Aus anderen Ländern.

Zusammenstöße in Paris.

Paris, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.) Am Freitag abend kam es in **Paris** zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten, wobei acht Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt wurden.

Entschädigung der dänischen Kriegsopfer.

Wie gemeldet wird, hat sich die Deutsche Regierung bereit erklärt, die dänischen Opfer des Seekrieges zu entschädiger, soweit es sich um deutsche Torpedierungen handelt. 1,8 Millionen Reichsmark sind für diesen Zweck bewilligt worden. Als erste Rate sind 400 000 Reichsmark bereits hinterlegt worden; die Restsumme wird demnächst ausgekehrt werden. Die Kopenhagener Zeitung „Dagens Nyheder“ schreibt zu dieser Nachricht: „Die rechtliche Verpflichtung zur Zahlung dieser Entschädigung ist umstritten; es muß auf jeden Fall als eine schöne Geste von deutscher Seite betrachtet werden, daß die dänische Forderung erfüllt worden ist. Früher sind mit Norwegen derartige Verhandlungen gefügt und in gleicher Weise abgeschlossen worden. Die Auszahlung wird durch den Arbeiterversicherungsrat geschehen, der über ein Verzeichnis aller Entschädigungsberechtigten verfügt und bereits eine Menge Anträge erhalten hat.“

Dem unverbildeten Laienverstand will es allerdings scheinen, als wären die Dänen durch die Abtretung von Nordschleswig schon überreich „entschädigt“ worden.

Rußland hat 163 Millionen Einwohner.

Seit 1926 ist die Bevölkerung der Sowjetunion um sechzehn Millionen gewachsen und wird jetzt auf über 163 Millionen geschätzt. Genaue Zahlen liegen zwar nicht vor — eine allgemeine Volkszählung ist erst wieder für das Jahr 1933 geplant —, aber zweifellos ist die Bevölkerung in den Städten infolge der allgemeinen Entwicklung viel stärker gewachsen als auf dem Lande.

Der Jahreszuwachs der Bevölkerung betrug im Durchschnitt in Moskau und Leningrad 9 Prozent, Swerdlowsk 16 Prozent und Nischni-Nowgorod 14 Prozent. Stalino im Donetzbecken, früher ein Dorf mit Namen Yuzefka, hat einen jährlichen Zuwachs von 20 Prozent zu verzeichnen und zählt heute über 200 000 **Einwohner.**

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 3. September.

Regenschauer.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei einzelnen Regenschauern und leichter Abkühlung an.

Alle Schuld rächt sich auf Erden.

Es ist erschütternd in der Patriarchengeschichte zu lesen, wie sich Jakobs Schuld an ihm rächt: er hat den Bruder und den Vater schmählich betrogen und betrübt. Nun betrügen und betrüben ihn seine Söhne (1. Mose 37 (18—36). Sie verkaufen ihren Bruder, den ihnen verhaßten Liebling ihres Vaters, der, von diesem verzogen, sich über sie erhoben und hochmütig genug ihnen seine hochfahrenden Träume erzählt hatte, an die Midianiterkarawane, sie tauchen seinen Rock in Blut, um die Spuren ihres Handelns zu verwischen und lassen den Rock dem Vater zugehen, als habe ein wildes Tier seinen Joseph zerrissen. Armer Vater! Aber ist das nicht Gottes späte aber gerechte Antwort auf den Betrug, den er einst begangen? Es ist lange her, vielleicht hat er selbst nicht mehr daran gedacht, er hatte ja im äußeren Leben allerlei erreicht. Aber Gottes Mühlen mahlen langsam, mahlen aber trefflich fein! Die Stunde kommt doch noch, da die Schuld sich rächt und das Unrecht seinen Lohn empfängt. Wird uns da nicht etwas offenbar, von dem, was man sittliche Weltordnung nennt? Gewiß, es bleibt für unser Auge manches Verbrechen ungesühnt, manche Schuld ungerächt, manche Sünde unbestraft, so sehr, daß an diesem Mißverhältnis von Schuld und Schicksal schon mancher irre geworden ist an Gott. Aber könnte man in der Geschichte eines Menschenlebens oder einer Familie alle Fäden verfolgen, aus denen sie zusammengewoben ist, wir würden unheimliche Zusammenhänge zwischen dem Tun und dem Erleben und Erleiden der Menschen sehen, über denen geschrieben steht: Irret euch nicht! Gott läßt sich nicht spotten. Was der Mensch säet, das wird er auch ernten. Womit jemand sündigt, damit wird er gestraft. Alle Schuld rächt sich auf Erden.

D. Blau-Posen.

§ **Auf die neuen Gebühren zugunsten der Arbeitslosen** macht der hiesige Magistrat, Steuerabteilung, aufmerksam. Wir haben über dieses Gesetz, das am 1. 9. in Kraft getreten ist, bereits ausführlich in Nr. 199 unseres Blattes berichtet. Danach sieht das Gesetz Abgaben, die in Wirklichkeit Steuern sind, für den Arbeitslosenfonds vor und zwar 1. von Mietsquittungen, 2. von Eintrittskarten, 3. von dem Aufenthalt in Lokalen nach 12 Uhr nachts und 4. vom Gasverbrauch. Von der Abgabe von Mietsquittungen befreit sind nur die mit 1 oder 2 Räumen (1 Küche und 1 Zimmer). Die monatliche Abgabe bei einer Miete bis zu 99,99 Złoty beträgt 25 Groschen, bei einer Miete von 100 bis 150 Złoty — 50 Groschen, bei einer solchen von 150—200 Złoty — 75 Groschen und über 200 Złoty — 1 Złoty. Die Hausbesitzer müssen die betreffenden Abgaben im Laufe von 15 Tagen nach Erhalt der Miete in der Steuerkasse, Neuer Markt Nr. 1 oder auf deren Rechnung in der Postsparkasse auf das Konto Nr. 206 730 eingezahlt haben. Gleichzeitig muß in der Steuerkasse ein Ausweis der erhaltenen Mietssummen abgegeben werden, über die im Vormonat erlangte Miete und eine Berechnung über die Höhe der Abgaben von den Quittungen. Diesbezügliche Formulare können vom 9. September ab bei der Steuer-Abteilung des Magistrats, Neuer Markt Nr. 1, II. Eingang, 2. Treppen, abgeholt werden. — Die Abgabe von Eintrittskarten (Vergnügungen, Schaustellungen, Sportveranstaltungen) beträgt: bei einem Eintrittspreis von 50—99 Groschen — 5 Groschen, von 1,— bis 1,99 Złoty — 10 Groschen, von 2,— bis 2,99 Złoty — 20 Groschen, von 3,— bis 4,99 Złoty — 30 Groschen, und über 5,— Złoty — 50 Groschen. Die betreffenden Veranstalter sind verpflichtet, diese Gebühren einzuziehen und müssen sie, nach Abzug von 2 Prozent Inkasso-Gebühren, zusammen mit der Kommunal-Vergnügungssteuer abliefern, spätestens im Laufe von 5 Tagen nach der Veranstaltung. — Die Abgabe für den Aufenthalt in Lokalen (Billardsälen usw.) beträgt 50 Groschen pro Person. Wer nach 12 Uhr nachts ein solches Lokal betritt bezw. die Personen, die über 12 Uhr nachts hinaus in dem Lokal verbleiben, müssen diese Gebühr bezahlen. Die Eigentümer der Lokale sind verpflichtet, entsprechend numerierte und abgestempelte Billettblocks bei dem Steueramt, Neuer Markt Nr. 1, abzuholen, mit Tinte das Datum auf die einzelnen Scheine zu schreiben und die Gebühren, nach Abzug von 2 Prozent Inkasso-Gebühren, in dem gleichen Steueramt abzuliefern. Gleichzeitig muß in der Steuerkasse eine Deklaration abgeliefert werden mit der Angabe der bisher verkauften Billetts. Die Lokalinhaber sind verpflichtet, den Kontrollbeamten der Steuerabteilung die bisher verkauften Billetts vorzulegen. — Die Abgabe vom Gasverbrauch beträgt 5 Prozent der Summe, die für den Gasverbrauch gezahlt wurde. Die Leihgebühr für den Gasmesser und andere Abgaben darf nicht zur Berechnung hinzugezogen werden.

§ **Zunahme der Spareinlagen im Juli.** Den polnischen Kommunalsparkassen brachte der Monat Juli eine Zunahme der Einlagen von 526,8 auf 528,9 Millionen Złoty, d. h. um über 2 Millionen Złoty. Demgegenüber sind die Einlagen auf Kontokorrentkonto gefallen. In der staatlichen Postsparkasse (PKO) betrug die Zunahme der Spareinlagen 1 Million Złoty. Der gegenwärtige Stand der Spareinlagen in diesem Institut beläuft sich auf 386 Mill. Złoty. Die Einlagen auf Kontokorrentkonto stiegen bei der Postsparkasse um 4,7 Millionen Złoty auf 152,7 Millionen Złoty.

§ **Keine Schließung der hiesigen Tabakfabrik.** Wie die hiesige Handelskammer auf Grund eines Schreibens der Direktion des Staatlichen Tabakmonopols mitteilen kann, besteht keine Absicht, die Bromberger Tabakfabrik zu schließen.

§ **Wegen Straßenraubes** hatten sich die Zigeuner, der 17jährige Baba und der 12jährige (!) Stefan Lokatosz vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Beide Angeklagte wurden aus dem Untersuchungsgefängnis dem Gericht vorgeführt. Am 24. Mai d. J. wanderte der 62jährige Michał Dudkiewicz, der sich durch Flötenspiel seinen Lebensunterhalt verdient, auf der Chaussee von Nakel nach Schubin. Einige Kilometer hinter Nakel begegnete er mehreren Zigeunerwagen. Auf dem letzten dieser Wagen saßen die beiden Angeklagten. Beim Herannahen des D., der sich, um den Weg zu verkürzen, auf seiner Flöte etwas vorspielte, sprang Stefan L. vom Wagen und begann um den wandernden Musiker herumzutanzen. Während des Tanzens entriß er ihm plötzlich die Flöte und im gleichen Augenblick versetzte Baba dem D. mit einem Stock einen kräftigen Hieb über den Kopf, so daß er hinfiel und besinnungslos liegen blieb. Als er dann zu sich kam, bemerkte er, daß ihm die Brieftasche mit 55 Złoty gestohlen worden war. Am nächsten Tage bereits konnten die beiden jugendlichen Straßenräuber von der Polizei in Schubin festgenommen werden. In der Gerichtsverhandlung bekennen sich die Angeklagten nicht zur Schuld. Stefan, ein kleiner hübscher Zigeunerjunge, gibt unter Tränen an, daß er nur aus „Spaß" dem D., den er für betrunken hielt, die Flöte weggenommen habe, um auf dieser selbst einmal zu spielen. Daß sie D. geschlagen und ihn bestohlen hätten, bestreiten beide. Im Laufe der weiteren Verhandlung gibt D. zu, daß er Schnaps getrunken habe, will jedoch nicht betrunken gewesen sein. Zwei Zeugen, die D. kurz nach dem Überfall um Hilfe gebeten hatte, haben gesehen, daß er an der rechten Schläfe geblutet habe. Nachdem noch einige weitere Zeugen vernommen werden, die zur Sache selbst jedoch nichts mehr Wesentliches aussagen können, schließt das Gericht die Beweisaufnahme. Das Urteil lautete für Baba L. auf sechs Monate Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist, Stefan L. wurde, da er minderjährig ist, vom Gericht freigesprochen. Die Freude der im Gerichtssaal zahlreich anwesenden Zigeuner, als sie das Urteil hörten, war groß.

§ **Bestrafte Diebe.** Der 22jährige Arbeiter Stanisław Moel und der 26jährige Arbeiter Władysław Chęsiak, beide aus Inowrocław, hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Diebstahls zu verantworten. In der Nacht zum 10. Mai d. J. stahlen die Angeklagten in Inowrocław aus dem Speicher des Kaufmanns Juljan Kotołowski sechs Zentner Getreide. In den Speicher gelangten sie mit Hilfe von Nachschlüsseln. Beim Verkauf des gestohlenen Getreides konnten die beiden Spitzbuben von der Polizei festgenommen werden. Das Gericht verurteilte die Angeklagten, die beide vorbestraft sind, zu je sechs Monaten Gefängnis.

§ **Ein Verkehrsunfall** ereignete sich gestern morgen an der Ecke Thorner- und Kaiserstraße. Ein aus Schulitz zurückkehrender Autobus bog in die Kaiserstraße ein und fuhr wahrscheinlich infolge Versagens der Steuerung gegen einen Baum. Der Autobus wurde erheblich beschädigt und ein Knabe, der neben dem Chauffeur saß, wurde durch Glassplitter leicht verletzt.

§ **Der heutige Wochenmarkt** wies sehr regen Besuch auf. Zwischen 10 und 11 Uhr forderte man für Butter 1,50—1,60, für Eier 1,25—1,30, Weißkäse 0,25, Tilsiterkäse 1,70—1,90. Die Gemüse- und Obstpreise waren wie folgt: Weißkohl 0,08, Rotkohl 0,10, Blumenkohl 0,40—0,80, Kohlrabi 0,10, Mohrrüben 0,05, Tomaten 0,10—0,15, Bohnen 0,10—0,15, Zwiebeln 0,15, Preißelbeeren 0,60—0,70, Pilze 0,50, Gurken 0,05, Äpfel 0,30—0,50, Birnen 0,30—0,60, Pflaumen 0,20—0,30. Für Geflügel zahlte man: Enten 3,00—3,50, Gänse 6,00—7,00, Hühner 1,50—4,00, Tauben 0,70—0,80. Die Fleischpreise waren wie folgt: Speck 1,00—1,10, Schweinefleisch 0,80—1,00, Rindfleisch 0,80—0,90, Kalbfleisch 0,50—0,80, Hammelfleisch 0,60 bis 0,70. Für Fische zahlte man: Aale 1,50—1,90, Hechte 1,00 bis 1,20, Schleie 1,00—1,20, Plötze 3 Pfund 1,00, Bressen 0,50 bis 1,00, Barse 0,80—1,00, Karauschen 0,80—1,00, Krebse 1,50 bis 2,50.

§ **Zu einem Rußbrande** wurde am gestrigen Freitag die hiesige Feuerwehr nach Bleichfelderweg (Chodkiewicza) Nr. 5 gerufen. Nach kurzer Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Deutscher Tennis-Club. Sonntag, den 4. September, von 9—1 Uhr: Freundschaftsspiel mit B. K. T. auf den Plätzen Zamojskiego. Spannende Spiele. 7208

Versammlung der pensionierten Beamten, Arbeiter, Witwen und Invaliden (P. K. P.) findet am Dienstag, dem 6. September 1932 im Dom Czeladzi Katolickiej, Zygm. Augusta, statt. Vorst. (7249

Eisenbahnunglück bei Kruschwitz.

Am letzten Donnerstag früh gegen 6 Uhr entgleiste auf der neuen Strecke Herby—Inowrocław—Gdingen in der Nähe von Kruschwitz bei Karczyn ein aus 50 Waggons bestehender mit Sand beladener Güterzug. Die Entgleisung ist auf falsche Weichenstellung zurückzuführen. Die Lokomotive und 3 Waggons wurden vollständig zertrümmert, weitere 40 Waggons sprangen aus den Schienen und legten sich zur Seite. Das Gleis wurde in 50 Meter Länge aufgerissen. Die Arbeiter, die sich auf dem Zuge befanden, konnten sich durch Abspringen retten, so daß Menschenleben glücklicherweise nicht zu beklagen sind. Der entstandene Materialschaden wird auf 30 000 Złoty geschätzt.

wi **Exin** (Kcynia), 3. September. Die Grummetheuernte (2. Schnitt) konnte in hiesiger Gegend infolge des bisherigen günstigen Wetters zum größten Teil gut eingebracht werden.

z **Inowrocław**, 2. September. Wegen Brandstiftung und versuchten Versicherungsbetruges hatten sich dieser Tage der Gerbereibesitzer Walerjan Sikorzynski aus Pakosch und dessen Vater Felix zu verantworten. Die abgebrannte Gerberei war mit 250 000 Złoty versichert und hatte nur einen Wert von 140 000 Złoty. Nach Anhörung von 14 Zeugen verurteilte das Gericht Walerjan Sikorzynski zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und Felix Sikorzynski zu 2 Jahren Gefängnis und 500 Złoty Geldstrafe. Die Angeklagten haben gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt. — Am Mittwoch abend gegen 10 Uhr, als die Droschke Nr. 15 sich mit 2 Passagieren auf dem Wege zum Bahnhof befand, bog plötzlich die Autodroschke Nr. 16 aus der ulica Jakoba um die Ecke und fuhr der Droschke in die linke Seite. Glücklicherweise ist außer einer geringeren Beschädigung der Droschke niemand zu Schaden gekommen.

wi **Labischin** (Łabiszyn), 3. September. Am Dienstag, dem 6. September findet auf dem Marktplatze hiesiger Stadt ein allgemeiner Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt.

e. **Sadke** (Sadki), Kreis Wirsitz, 2. September. Dem Schuhmacher Fiegel in Samostrzel wurde am Sonntag vormittag vor der katholischen Kirche während des Gottesdienstes sein Fahrrad gestohlen. — Am Dienstag nachts drangen unbekannte Diebe in die Wohnung des Besitzers Hehlke in Paulsthal (Pitrowo), Kreis Schubin, ein und stahlen sämtliche Wäsche. — In derselben Nacht wurden dem Besitzer Schwedler in Wironika von unbekannten Dieben sämtliche Getreidesäcke gestohlen.

ph. **Schulitz** (Solec), 2. September. Der heutige Wochenmarkt war reichlich beschickt und gut besucht. Butter kostete 1,30—1,50, Eier 1,20—1,40.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Ein Flugunfall des Hauptmanns Orlinski.

Wie die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur meldet, führte der Hauptmann Orlinski am Donnerstag vormittag einen Probeflug über Warschau (!) aus. Dabei löste sich ein Stück der Motorschutzhaube und beschädigte die Tragflächen des Flugzeugs. Orlinski konnte das Flugzeug noch über die Stadt hinaussteuern und sprang dann mit Hilfe eines Fallschirms ab. Dabei zog er sich eine leichte Beinverstauchung zu. Das Flugzeug ist unterdessen in östlicher Richtung weitergeflogen. Bisher ist noch nicht bekannt, ob es irgendwo abgestürzt ist.

* **Kielce, 3. September. (PAT) Ein Großfeuer vernichtete in der Ansiedlung Kurzelow 11 Wohnhäuser und richtete einen Schaden von etwa 100 000 Złoty an.**

* **Lodz**, 1. September. In die Wohnung des Pächters Stanisław Ignaczak in Wielka wies in der Lodzer Wojewodschaft begehrten zu nachtschlafender Zeit zwei Männer Einlaß, von denen der eine Polizeiuniform trug. Sie erklärten dem Pächter, daß sie eine Haussuchung durchzuführen hätten. Ignaczak öffnete. Als der „Polizist nach einer geraumen Zeit 2000 Złoty fand, bemerkte er, daß sie nicht ganz geheuer aussehen, verfaßte ein Protokoll und verschwand damit mit seinem Begleiter. Als der Pächter am nächsten Morgen zur Polizei ging, um die Ursache der Haussuchung zu erfahren, mußte er die Feststellung machen, daß er Räubern zum Opfer gefallen war.

Kleine Rundschau.

Rumänisches Munitionslager in die Luft geflogen.

Bukarest, 2. September. (Eigene Drahtmeldung.) Infolge der in Rumänien herrschenden Hitze ist im Fort Chiajna bei Bukarest **ein Artillerie-Munitionslager in die Luft geflogen.** Durch die Explosion, die glücklicherweise keine Menschenopfer gefordert hat, ist ein großer Materialschaden entstanden.

Von Gronau auf Hokkaido.

Moskau, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.) **Nach** einer russischen Meldung aus Tokio hat der **deutsche** Flieger von Gronau um 4.55 Uhr fernöstlicher Zeit **die** Insel Hokkaido erreicht. Nach einer zweistündigen Pause wollte er den Flug nach Hakodate, der Hauptstadt der Insel, fortsetzen. Die Wetterverhältnisse haben sich in den letzten 12 Stunden aber stark verschlechtert, so daß Gronau seinen Weiterflug zunächst unterbrach.

Verlangen Sie überall
auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die
Deutsche Rundschau.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 3. September 1932.

Krakau — 2,86, Zawichost + —, Warschau + 0,76, Plock + 0,64, Thorn + 0,61, Fordon + 0,62, Culm + 0,47, Graudenz + 0,68, Kurzebrak + 0,88, Piekel + 0,06, Dirschau + 0,01, Einlage + 2,10, Schiewenhorst + 2,20.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z. o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 202

Heute: „Illustrierte Weltschau" Nr. 36.

Landesgenossenschaftsbank

Bank Spółdzielczy z ograniczoną odpowiedzialnością Poznań
(früher: Genossenschaftsbank Poznań)

Oddział w Bydgoszczy, ul. Gdańska 16 5732

Telefon 291, 374, 373.
Drahtanschrift: Raiffeisen.

Postscheckkonto Poznań Nr. 200182.
Girokonto: Bank Polski, Bydgoszcz.

Eigenes Vermögen 6.300.000.— zł. / Haftsumme rund 10.700.000.— zł.

Annahme von Spareinlagen gegen bestmöglichste Verzinsung.
Laufende Rechnung. Scheckverkehr. An- und Verkauf und Verwaltung von Wertpapieren.
Bank-Inkassi. An- und Verkauf von Sorten und Devisen. **Vermietung von Safes.**

Rettung für Hautkranke!

Hautcreme **„Heilwunder“** Danziger Patent Nr. 1919. Einzigartiges Kosmetikum zur Pflege der Haut, hilft vermöge seiner Eigenschaften selbst in **verzweifelten** Fällen bei **sämtlich. Flechten,** auch **Bartflechte, offenen Beinschäden, Ekzeme, Pickel, Ausschläge** aller Art, **Gesichts- und Nasenröte, Frostschäden** usw.
Glänzende Anerkennungen. Bei Nichterfolg Geld zurück!
Preis 8.60 zł. Versand per Nachnahme, bei **Voreinsendung** des Betrages **portofrei.** Bei Bestellung Zweckangabe erbeten,
Chem. Kosm. Laboratorium „Klossin“ 6343
Danzig-(Gdańsk), Hundegasse 43.
Bitte ausschneiden und aufbewahren!



LAMPENSCHIRME
7104 auch für Gas kaufen Sie besonders preiswert bei gr. Auswahl i. elektrotechn. Geschäft **Willy Timm Danzig,** nur **Töpfergasse 23-24,** am Holzmarkt

---

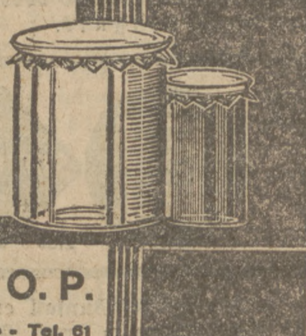
Kinderartikel billig!!!

Strümpfe	0.35	**Filzhüte**	1.95
Schlüpfer, warm	0.95	**Kamelhaarschuhe**	2.50
Babyschuhe	1.25	**Jacken**	2.75
Kombinationen	1.25	**Kleider**	3.95
Mützen	1.25	**Schnürstiefel** bis 30	3.95
Turnerschuhe	1.50	**Pulover,** Wolle	4.95
Schulschürzen	1.75	**Anzüge,** „	5.50
Filzschuhe	1.95	**Mäntel,** Velour	12.90

Mercedes Bydgoszcz
Mostowa 3 7155

Pergamentpapier und Glashaut

für



7548

Einmachgläser

A. DITTMANN T. Z O. P.
BYDGOSZCZ Marsz. Focha 6 - - Tel. 61

F. Eberhardt
Bydgoszcz 6346

Maschinenfabrik
Dampfkesselbau
Eisengiesserei
Reparaturwerkstatt

empfiehlt sich zur sachgemäßen Ausführung sämtlicher Facharbeiten bei solidester Berechnung und günstigen Zahlungsbedingungen.

Rechtsbeistand
St. Banaszak
Bydgoszcz
ulica Cieszkowskiego 4
Telefon 1304. 7111
Bearbeitung von allen, wenn auch **schwierigsten** Rechts-, Straf-, Prozeß-, Hypotheken-, Aufwertungs-, Miets-, Erbschafts-, Gesellschaftssachen usw. Erfolgreiche Beitreibung von Forderungen. Langjährige Praxis.

Wieder
einige gebrauchte 4 und 6 Zylinder
CHEVROLET-Lastwagen
Gelegenheitskäufe.
Stadie-Automobile
Sp. z o. o.
Telefon 1602.
7060

Epochemachende Erfindung!
Aufstreichbare
Schuhsohle
7180
Paste zum Selbstbesohlen von Schuhen durch Aufstreichen; wird nach d. Trocknen haltbar u. porös wie Leder, wasserdicht u. elastisch, außerordentlich billig. Vertriebsrechte für größere Bezirke werden vergeben unt. Offert. D. 50 an Fil. **Deutsche Rundschau, Danzig,** Holzmarkt 22.

Baubeschläge
Möbelbeschläge
Neumann & Knitter
Stary Rynek. 5126 **Tel. 141.**

Vorbeugungskuren gegen Typhus nach der Homöopathie. 3354
A. Sękowski, Astrolog.

Unterricht auf **Konzert-** und **Streichzither** erteilt nach leichtfaßlich. Methode **A. Schnaubelt,** ul. Chrobrego 5, W. 2. 3369

Hiermit zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mein allbekanntes, ältestes am Platze und seit dem Jahre 1901 eingeführtes Unternehmen unter der Firma:

Zakłady Elektro-Radjo-Techniczne
J. ŚWIETLIK, Inh. Marjan Świetlik

Bydgoszcz, ul. Gdańska 51 nach meinen neuen Geschäftsräumen in der

ul. Gdańska Nr. 27, neben der Zentral-Apotheke vis-à-vis Plac Wolności **verlegt** habe.

Die **Eröffnung** meines neuen Geschäftslokals findet **Montag, den 5. d. Mts.** statt.
Ich bitte höfl. um gütige weitere Unterstützung meines Unternehmens und zeichne

Hochachtungsvoll
7220
Zakłady Elektro-Radjo-Techniczne
J. ŚWIETLIK, Inh. Marjan Świetlik
Zentrale: ul. Gdańska 27. Tel. 107.
Filiale: ul. Dworcowa 41. Tel. 1080.

„ORIANDA“
Inh.: **K. Stawińska**
Großhandlung: **ul. Kościuszki 25**
Detailverkauf: **Wełniany Rynek 6**
empfiehlt
Glas, Porzellan, Fayence
wie auch **alle anderen Küchengeräte.** — Große Auswahl in **Tisch-, Küchen-, Taschen-Lampen** und **Laternen** zu noch nie dagewesenen niedrigen Preisen. 7217

Bielitzer Stoffe sind die besten!

Ihren Bedarf von Anzugs- und Mantelstoffen können Sie sich direkt aus Bielitz besorgen. Ich liefere garantiert erstklassigste Bielitzer Qualitäten in den modernsten Mustern zu günstigen Preisen. Verlangen Sie vollkommen unverbindlich und kostenlos (selbst Rückporto füge ich bei) meine neue Musterkollektion. Äußerst solide Bedienung.
Fa. **Wiktor Thomke** 7062
wyrób i skład sukna, Bielsko-Kamienica



„Kosmos“ Creme u. Seife
beseitigt unter Garantie Sommersprossen, gelbe Flecke, Pickeln, Flechten, sowie alle Hautunreinigkeiten. Macht erstaunlich weiche, weiße Haut, gibt blühendes, rosiges und frisches Aussehen. 6946
Creme 2.50 u. 4.50, Seife 1.50, zu haben nur in der
Drogerie „Kosmos“ Parfümerie
J. Gluma, Dworcowa 55.

Sensation! **Umsonst!**
1000 automatische Alarmpistolen, 6schüssig wird unsere Firma an



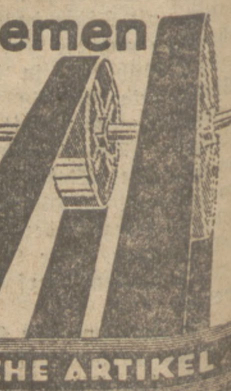
diejenigen vollständig umsonst verteilen, die bei uns bestellen eine Uhr für 7,45 zł, flach, elegant, bis zur Minute regul. mit 5jähr. Garant., 2 Uhren zł 14,20. Eine Uhr Extrafantasion, 9.—, 12.—, 15.— zł; mit 3 Deckeln 14,25, 16.50, 19.— u. 24.— zł. Herren- oder Damenarmbanduhr für 11.25, 13.50, 16.— u. 20.— zł. Uhrketten-Anhänger zł 1.—, 2.—, 3.—, 5.—. Versand gegen Nachnahme. Kosten der Sendung zahlt der Käufer. Adresse: **Fabryka zegarków Sz. Skrzydłower, Warszawa I,** skrz. poczt. 386 oddz. 3. Achtung! Zu jeder Uhr geben wir umsonst zu eine autom. Schreckschußpistole, 6schüssig. 50 Alarmpatronen zł 1.30, 100 Stck. zł 2.40. Bitte sich mit der Bestellung zu beeilen, da nur 1000 Stck vorhanden sind, 7004

„Freies Eigentum“



Ist es Ihr Wunsch ein **Eigenheim**
zu besitzen, oder wollen Sie eine hochverzinsliche 7152
Hypothek durch ein unkündbares Tilgungsdarlehen
gegen geringe Verwaltungskosten **ablösen,** dann fordern Sie **kostenlose** Zusendung eines Prospektes von der
„Hacege“, **Hypothekenkreditgenossenschaft,** e. G. m. H. Danzig, Hansaplatz 2b.
Auskünfte erteilt: Herr **H. Biehler, Bromberg,** Marsz. Focha 47, Hof, Schuhfabrik „Standard“.

Treibriemen
ÖLE FETTE



TECHNISCHE ARTIKEL
OTTO WIESE
BYDGOSZCZ
Dworcowa 62 – Telefon: 459
7109

Blumenspenden-Vermittlung!!! für Deutschland und alle anderen Länder in Europa. 6947
Jul. Roß,
Blumenhaus,
Gdańska 13,
Hauptkontor u. Gärtnerei **Św. Trójcy 15**
Fernruf 48

Kacheln
weiß und farbig, liefern zu außergewöhnlich billigen Preisen 7184
Gebr. Schlieper
Gdańska 140.
Tel. 306. Tel. 361

Holzwolle
in Ballen, liefert
Eryk Dietrich,
Bydgoszcz
Gdańska 78, Tel. 782
7033

Für jetzige Pflanzzeit
Erdbeerpflanzen in 8 best. Sorten pro % zł 4.—, pro ‰ zł 35.—
Spargelpflanzen 1 jähr., pro % zł 4.—, pro ‰ zł 35.—
Spargelpflanzen 2 jähr., pro % zł 6.—, pro ‰ zł 50.—
Koniferen in all. Sorten u. Größen empfiehlt zu sehr mäßigen Preisen
Robert Böhme
Ogrodnictwo
T. z o. p.
Bydgoszcz,
Jagiellońska 16.
Tel. 42 7061

Stacheldrähte und Geflechte, konkurrenzlos billig
Gebr. Ziegler, Nakło.
Telefon 72. 6904



Bettfedern
und
Daunen Inletts
garantiert federdicht
Bettfedern-Reinigungsanstalt
Karl Kurtz Nast.
Bydgoszcz, 6583
Poznańska 32. Tel. 1210

Perf. Hausschneiderin empf. sich, a. n. außerh.
Clebowski,
Hetmańska 18, W. 4. 3118

Bratöfen auch Sicherheitsschlösser, in 4 verschied. Größen u. Preisen hat vorrätig **F. Schwitz,** Schlosserstr., Pod blankami 26. 3294

Erstkl. Kürschnerei
Bydgoszcz, 3353
Plac Wolności 3,
führt sämtl. Arbeiten solide und billig aus.

Drahtzaungeflecht
mittelkräftig,
2,0 m/m od. **2,2** m/m
0.95 pro m² **1.10** zł
Einfassung 20 gr mehr.
Draht —

Binde-	1,2 m/m	**1.60** zł
Spalier-	2,2 m/m	**4.40** zł
Spann-	3 m/m	**8.—** zł
Spann-	4 m/m	**13.60** zł
Koppel-	5 m/m	**18.75** zł
Stachel-2-spitz.		**13.—** zł
„ 4-spitzig		**17.—** zł

verzinkt pro 100 lfd. m ab Fabrik. Nachnahme
Drahtflechtfabrik
Alexander Maennel,
Nowy Tomyśl (W.) 6.

JAPANISCHES PULVER
KATOL **TÖTET**



AZUMI & Co. Ld. OSAKA (JAPAN)
INSEKTEN und UNGEZIEFER
VERTR.: „KATOL“ WARSCHAU, WILCZA 58
6071

Pelze!!!

Umarbeitungen u. Reparat. billig und gewissenhaft!

Wem es an einer **reellen Bedienung, ehrlichem Preis und guter Ware** gelegen ist, — der kauft **NUR** bei der altbekannten, erstklassigen Firma
Pelzwarenhandlung 7219
F. Jaworski i K. Nitecki
BYDGOSZCZ, Dworcowa 35. Telefon Nr. 1341

Saatweizen
Rimpaus Bastard, Original und Carstens Dickkopf
1. anerk. Absaat. **gibt ab**
Meyer, Rottmannsdorf b. Praust Freist. Danzig 7651

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 202.

Bromberg, Sonntag den 4. September 1932.

Pommerellen.

3. September.

Graudenz (Grudziądz).

Die finanzielle Belastung infolge der Arbeitslosigkeit.

ist für die Stadt Graudenz infolge der ganz besonders erheblichen Zahl der zu Unterstützenden oder zu Beschäftigenden sehr drückend. Immer schmäler wurde der der Kommune zur Verfügung stehende Fonds zur Befriedigung auch nur der ärgsten Not. Wie schwer die Stadt zu ringen hat, um die nötigen Mittel aufzubringen, dafür spricht die Tatsache, daß die am letzten Zahlungstage, Freitag, vorhandenen **Geldbeträge nicht ausreichten,** um die Entlohnung der Notstandsarbeiten vorzunehmen. Bekanntlich erhalten die bei diesen öffentlichen Nothilfsarbeiten Beschäftigten für die von ihnen zu leistende Stundenzahl ca. 7,00 Złoty wöchentlich. Ein unbedeutender Betrag pro Person, aber bei der gewaltigen Anzahl Arbeitender eine sehr ins Gewicht fallende Summe für die Stadt.

Durch Anschlag am Tor des Rathaushofes gab Freitag der Magistrat bekannt, daß er die fällige Lohnzahlung am heutigen Sonnabend, 8,30 Uhr, vornehmen werde.

Eine weitere Bekanntmachung der Stadtbehörde ist für die bei den Notstandsarbeiten Tätigen ganz speziell inhalts- und folgenschwer. Der Magistrat erklärt nämlich folgendes: Seit dem 1. April d. J. hat die Graudenzer Stadtverwaltung eine Summe von 350 000 Zł. zur Bezahlung der Arbeitslosen aufwenden müssen. Weil nunmehr alle Fonds erschöpft und weitere Mittel nicht zu erlangen sind, ist der Magistrat gezwungen, mit dem 17. d. M.

die Notstandsarbeiten einstellen

zu lassen. Es wird deshalb bekanntgemacht, daß mit dem 17. September die Beschäftigung der bei den Notstandsarbeiten herangezogenen Kopf- sowie physischen Beschäftigten aufhört.

Eine ungemein traurige Mitteilung somit für die vielen Familien, deren wohl einzige Hilfe die karge Wochenentlohnung von 7 Złoty und einigen Groschen bildete. Und dabei geht die warme Jahreszeit zur Rüste. Da wird wieder an die private Hilfstätigkeit in verstärktem Maße appelliert werden, obwohl von der auch schon so bis zum Grunde ausgepumpten Bürgerschaft nicht mehr viel erwartet werden kann; um so weniger, wenn man in Erwägung zieht, daß die staatlicherseits jetzt zugunsten der Erwerbslosen verfügten erheblichen neuen Belastungen der Wirtschaft an sich bereits überaus fühlbar machen werden, zumal für die weniger bemittelte Bevölkerung. Diese aber bildet das Gros der Gesamteinwohnerschaft. *

× **Apotheken-Nacht- und Sonntagsdienst.** In der Zeit von Sonnabend, 2. September d. J., bis einschließlich Freitag, 8. September d. J., hat Nacht- und Sonntagsdienst die Löwen-Apotheke (Apteka pod Lwem), Herrenstraße (Pańska). *

× **Neuer Autobusfahrplan.** Die Autobusstrecke Schwetz Graudenz (über Sartowitz) hat jetzt folgenden Fahrplan: Schwetz ab 6.30, 9.30, 13.30, 17.00, Graudenz an 7.30, 10.30, 14.30, 18.00; Graudenz ab 8.00, 11.45, 15.30, 18.45. Der Fahrplan ist nur bis zum 15. 9. 32 gültig, da die Saisonerlaubnis über diesen Termin behördlich nicht verlängert wird. *

× **Vom Graudenzer Stadttheater.** Für die Saison 1932/33 hat der Magistrat auf Antrag der Theaterkommission beschlossen, das hiesige Stadttheater dem Klub der Graudenzer Journalisten in Pacht zu geben. Der Klub hat nicht die Absicht, ein besonderes Künstlerensemble zu verpflichten, sondern wird verschiedene Künstlergesellschaften zu Vorstellungen heranziehen. Hierbei ist erklärlicherweise zunächst an das Auftreten benachbarter Gesellschaften (aus Thorn und Bromberg) gedacht. *

× **Ein falscher Zigeunerknabe.** Vor einigen Monaten wurden in Graudenz einige Zigeuner festgenommen, die sich Diebereien hatten zuschulden kommen lassen. Bei ihnen befand sich ein 16jähriger Junge, der von den Zigeunern „Władysław“ gerufen wurde. Dieser Knabe erklärte vertraulich den Beamten, daß er gar kein Zigeuner sei, sondern von der Bande wahrscheinlich geraubt sein müsse. Man nahm den Jungen den Zigeunern ab und stellte Nachforschungen über seine Herkunft an. An seine Eltern wie seine Herkunft vermochte sich „Władysław“ nicht mehr zu erinnern. Danach muß er als ganz kleines Kind entführt worden sein. Photographien des Knaben wurden behördlicherseits überallhin ausgesandt, und vor kurzem ist es tatsächlich gelungen, die Eltern des „Władysław“ in Kaźmierz bei Lodz ausfindig zu machen. Sie haben ihr Kind, das in Wirklichkeit Jan Kamiluk heißt, wiedererkannt und es freudig bei sich aufgenommen. *

× **Wiederum schwach beschickt** war der letzte Pferde- und Viehmarkt. An Pferden war der Auftrieb nur unbedeutend. Erstklassige Tiere sah man gar nicht. Man zahlte für bessere Pferde 200—300 Złoty. Im wesentlichen wurden billige Tiere gehandelt der Rinderauftrieb war ebenfalls nur gering. Hauptsächlich wurden Milchkühe im Preise von 100—150 Złoty erworben, selten Tiere in höheren Preislagen. *

× **Beraubte Tabakwarengroßhandlung.** In der Nacht zum Donnerstag statteten Einbrecher der in der Marienwerderstraße (Wybickiego) befindlichen Tabakwarengroßhandlung des Invalidenverbandes einen Besuch ab. Sie überkletterten die den nach der Unterbergstraße (Podgórna) gelegenen Hof einfassende Mauer und durchlöcherten mit einem Bohrer gewaltigen Formats die zum Magazin führende Tür. Sie drückten dann die Tür ein und durch die Öffnung begab sich einer der Spitzbuben ins Innere und öffnete, nachdem er das Vorhängeschloß erbrochen hatte, seinen Kumpanen die Tür. Im Magazin wurde von einem der Täter versucht, die Tür des eisernen Schrankes herauszustoßen. Allerdings zeugt die Art und Weise, wie das geschehen, davon, daß hier ein noch reichlich unerfahrener Pfuscher im Einbrecherhandwerk tätig gewesen sein muß. War hier somit die Arbeit vergeblich, so vermochte der Dieb jedoch Waren im Werte von etwa 2000 Złoty an sich zu bringen. Gewiß wäre ihnen noch mehr in die Hände gefallen, hätten die nächtlichen Eindringlinge nicht etwas Pech gehabt. Sie setzten nämlich absichtslos eine dort an einer Stelle befindliche Alarmvorrichtung in Tätigkeit, wodurch Hausbewohner wach wurden. Das veranlaßte die Einbrecher, zu fliehen, und zwar so eilig, daß sie einen Hut, einen Dolch und einen Bohrer am Tatort zurückließen. *

× **Beim Einbruchsversuch überraschter „Bettler“.** Als am Donnerstag früh gegen 7 Uhr der Inhaber des Café „Warszawianka“, Herr Stanisławski, von seiner Wohnung ins Café hinabgegangen war, bemerkte er an der zu der Küche des Lokals führenden Tür einen mit einem Dietrich herumhantierenden Mann. Dieser, sich beobachtet sehend, fing an, den Bettler zu markieren und etwas von einem Stück Brot zu stottern, um dann unter Mitnahme seines Einbrechergeräts schleunigst zu verschwinden. *

× **Bestohlener Eisenbahnwagen.** Aus einem auf dem hiesigen Güterbahnhof stehenden beladenen Eisenbahnwagen wurden in der Nacht zum Sonnabend Spirituosen im Gewicht von 24 Kilo entwendet. *

× **Diebesgut,** aus Graudenz stammend, hat die Thorner Polizei Hehlern abgenommen. Von folgenden Sachen sind bisher die Eigentümer nicht ermittelt worden: 2 Badefrottiertücher, 2 Bettüberzüge, 1 Badehandtuch, 15 Damenhemden bzw. Herren-Oberhemden, 1 Tischtuch, 2 Stück seidene Fransen (wahrscheinlich von einem Schal abgeschnitten), 1 Gardine, 1 Paar Handschuhe, 2 Taschentücher. Auskunft erteilt den sich um diese Sachen Meldenden die Kriminalpolizei in Graudenz, Kirchenstraße (Koscielna) 15. *

Thorn (Toruń).

v. **Der Wasserstand der Weichsel** erfuhr gegen den Vortag eine weitere Abnahme um 3 Zentimeter und betrug Freitag früh bei Thorn 0,62 Meter über Normal. — Von Warschau trafen die Dampfer „Jagiełło“, „Francja“ und „Warszawa“ ein. Die Dampfer „Bałtyk“ und „Krakus“ passierten die Stadt auf der Fahrt von Warschau nach Dirschau bezw. Danzig, die Dampfer „Warneńczyk“ und „Mars“ auf der Fahrt von Dirschau bezw. Danzig nach Warschau. * *

v. **Achtung, Jahrgang 1914!** Es wird nochmals daran erinnert, daß sich der Jahrgang 1914 im Laufe des Septembers im Militärbureau des Magistrats in den Amtsstunden von 9—13 Uhr zur Registrierung melden muß. Bei der Meldung sind die Personalausweise vorzulegen. * *

‡ **Durch das Versehen eines Paßbeamten** wurden am Freitag bei der Einreise aus Ostpreußen die Pässe zweier reichsdeutscher Damen verwechselt. Frau Gertrud Berg aus Königsberg Pr., die in Thorn im Hause Elisabethstraße (ul. Król. Jadwigi) eine Wohnung genommen hat, erhielt dabei den Paß einer Frau Elsa Pieschel, geb. von Lieven, aus Königsberg Pr. und es ist anzunehmen, daß diese Dame den Paß der Frau Berg ausgehändigt bekam. Aus dem Paß der Frau P. geht hervor, daß sie im Mai d. J. in Graudenz, ul. Marsz. Józefa Piłsudskiego 52, gewohnt hat. Frau B. hat nun sofort an den Besitzer dieses Hauses geschrieben und um Auskunft gebeten. Vielleicht trägt aber auch diese Notiz dazu bei, daß der für beide Damen unangenehme Zwischenfall schnellstens zur Zufriedenheit geklärt werden kann. * *

‡ **Wegen Einbruchsdiebstahls** wurde am Donnerstag ein Mann verhaftet und der Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht übergeben. Ferner wurden vier Personen wegen gewöhnlichen Diebstahls und eine Person wegen Unterschlagung festgenommen. Wegen Kohlendiebstahls zum Schaden der Eisenbahn wurde ein Mann sistiert. — Zur Anmeldung bzw. Protokollierung gelangten nicht weniger als elf Diebstähle, eine Unterschlagung, sieben Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, eine Zuwiderhandlung gegen sanitätspolizeiliche Bestimmungen und zwei Vergehen gegen die Eisenbahnordnung. — Gefunden wurden ein Damenhandtäschchen mit Inhalt, sowie verschiedene Dokumente auf den Namen Piotr Poprzyk, und mit Beschlag belegt wurden zwei Revolver mit drei Schuß Munition. * *

‡ **Aus dem Landkreise Thorn,** 2. September. Durch die unverschlossene Tür gelangten in der Nacht zum 30. August unbekannte Täter in den Stall und von dort in die Wohnung des Landwirts Jan Wieczerzak in Groß-Nessau (Wielka Nieszawka). Sie stahlen für etwa 800 Złoty Herren- und Damengarderobe, Bettzeug, Lebensmittel u. a. und entkamen damit unerkannt und unbehelligt. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

‡ **Beschlagnahmt** wurden am Donnerstag je ein Falschstück im „Werte“ von 5 und 2 Złoty. * *

Wunderdoktor und Hungerkünstler.

h **Neumark** (Nowemiasto), 2. September. Der Tischlermeister Wł. Słupski von hier war lange Zeit augenleidend und erblindete zuletzt ganz. In seiner Notlage wandte er sich an einen im hiesigen Kreise bekannten „Wunderdoktor", der es nur auf die Dummheit mancher Menschen abgesehen hat. K. versprach baldige Heilung und verlangte für seine Kunst im voraus 100 Złoty in bar und einen auf 200 Złoty lautenden Wechsel. Die Medikamente lieferte der Wunderdoktor selber. Trotz der „Kur" starb der Erblindete. K. wurde darauf von der Polizei in Haft genommen und seine Medikamente beschlagnahmt. Nach dem Tode fand eine gerichtliche Leichenschau statt, worauf der Leichnam zur Beerdigung freigegeben wurde. In diesen Tagen wurde der Leichnam jedoch wieder ausgegraben und seziert. Der Heilkünstler, der im hiesigen Gerichtsgefängnis in Untersuchungshaft saß, war in den Hungerstreik getreten. Zehn Tage nahm er außer Wasser nichts zu sich. Durch die Hungerkur ist sein Körper ganz entkräftet und K. mußte für vorläufig aus dem Gefängnis entlassen werden, befindet sich aber unter Polizeiaufsicht.

Wieder ein Todesurteil.

* **Rybnik,** 2. September. Vor dem Standgericht in Rybnik hatte sich Josef Ziemski wegen versuchten Mordes an einem Polizeibeamten zu verantworten. Das Gericht verurteilte Ziemski zum Tode durch den Strang. Das Verfahren gegen den Mitangeklagten Klinger kommt vor ein gewöhnliches Gericht.

* **Briesen** (Wąbrzeźno), 2. September. Durch Feuer, dem neulich nachmittag in Kielpiny hiesigen Kreises Scheune, Holzstall und ein Strohstaken des Landwirts Jan Szczekocki zum Opfer fielen, wurde ein Schaden von etwa 10 000 Złoty angerichtet. Die Versicherung lautet auf nur 8250 Złoty. Festgestellt wurde, daß das fünf Jahre alte Söhnchen des Sz. während der Abwesenheit der Eltern den Brand verursacht hatte, indem es auf einer Schaufel glühende Kohlen aus dem Ofen an den Strohstaken schüttete.

tz **Konitz** (Chojnice), 2. September. Am 1. September fand im Hotel Engel die Monatsversammlung des Vereins für Leibesübungen statt, die einen befriedigenden Besuch aufwies. Der Vorsitzende, Malermeister Felskow, eröffnete die Sitzung und erstattete Bericht über das in Wilhelmshöhe stattgefundene Sommerfest. Wenn der Besuch des Festes auch zu wünschen übrig ließ, so konnte doch noch ein Reingewinn von etwa 50 Złoty für die Vereinskasse verbucht werden. Als zweiter Punkt wurde eine Veranstaltung besprochen, die am 16. Oktober d. J. in der Turnhalle stattfinden soll. Es soll ein volkstümliches Wetturnen mit anschließendem Kommers veranstaltet werden. Das am 3. und 4. September in Posen stattfindende Kreisturnfest konnte vom Verein leider nicht beschickt werden, da die finanzielle Belastung zu groß gewesen wäre. Nach Schluß der Sitzung blieben die Mitglieder noch längere Zeit gemütlich beisammen.

‡ **Löbau** (Lubawa), 2. September. Wegen Kindesmordes wurde die 31 Jahre alte Kunegunda Jagielska aus Rumienica hiesigen Kreises in der im Burggericht stattgefundenen Sitzung des Bezirksgerichts aus Thorn zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, wobei ihr die Untersuchungshaft angerechnet wurde.

p **Neustadt** (Wejherowo), 2. September. Kindesaussetzung. Hier wurde auf der Straße ein dreiwöchiges Kind weiblichen Geschlechts aufgefunden. — In Adlershorst (Orłowo) drangen Diebe nach Ausheben einer Fensterscheibe in das Kolonialwarengeschäft der Frau Teo- (Zakrzewo) hiesigen Kreises wurde ein Mann beim ille- 220 Złoty mit sich gehen. Die Täter sind bis jetzt unerkannt geblieben. — Dem Bierverleger Jan Engling hier wurde aus einem Waggon am Güterschuppen ein Faß mit Bier gestohlen. — An der deutsch-polnischen Grenze bei Werder (Zakrzewo) hiesigen Kreises wurde ein Mann beim illegalen Überschreiten der Grenze angehalten und der Polizei übergeben, die bald feststellen konnte, daß es sich um den geisteskranken Oralewski handelt, der aus der hiesigen Pflege- und Heilanstalt vor mehreren Tagen entwichen war. Er wurde der Anstalt wieder zugeführt.

a **Schwetz** (Świecie), 2. September. Am letzten Mittwoch ist auf dem Gut Dobrzejewo hiesigen Kreises, welches dem Gutsbesitzer Woganowski in Konschütz gehört, Feuer ausgebrochen. Eine gefüllte Scheune wurde eingeäschert. Dem Feuer sind 100 Fuhren Roggen und Gerste 50 Fuhren Stroh, 50 Fuhren Klee und ein Teil der Dreschmaschine zum Opfer gefallen. Der Schaden beträgt 50 000 Złoty. Das Feuer soll durch Funken aus der Dreschmaschine entstanden sein. — Am Montag, dem 5. d. M., findet hier ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

* **Schwetz** (Świecie), 1. September. Diebstähle. Nachdem das Türschloß mit Blei geöffnet war, wurden in der Nacht zum Sonntag aus dem Konfektionsgeschäft von Eduard Bartel verschiedene Waren für etwa 3—5000 Zł. gestohlen. In derselben Nacht verschafften sich anscheinend dieselben Täter mittels Dietrichs Einlaß in die Drogerie von Franz Piotrowski, aus der sie einen Kodak-Apparat für Filme (6×9), etwa dreißig Filme sowie photographische Papiere mitnahmen. Der Schaden wird mit 250 Złoty angegeben.

* **Soldau** (Działdowo), 1. September. Den Pferdediebstahl bei dem Landwirt Anton Psiuk in Skurpie hiesigen Kreises hat der 29 Jahre alte Zygmunt Lewalski aus Karnyszyn, Kreis Sierpce, verübt. Er wurde verhaftet.

÷ **Tuchel** (Tuchola), 2. September. Der heutige Wochenmarkt war ganz gut besucht und überreichlich beschickt. Das Pfund Butter kostete 1,30—1,50 und die Mandel Eier 1,10—1,20. Gemüse, besonders Gurken waren spottbillig. — Unbekannten Dieben gelang es, eine ziemlich große Fläche aus dem unteren Teil des Schaufensters des Wisniewskischen Schuhwarenladens am Marktplatze nachts herauszuschneiden und etwa 10 Paar Schuhe zu entwenden. — Auf dem vergangenen Freitag-Wochenmarkt waren wieder einmal Taschendiebe aufgetreten und entwendeten einer Besitzersfrau ungefähr 350 Złoty Bargeld aus der Handtasche.

※ **Zempelburg** (Sępólno), 2. September. Der Besitzer Emil Mahlke in Pempersin hiesigen Kreises hatte auf der Fahrt vom Bahnhof Vandsburg nach seinem Heimatdorf seine Brieftasche mit 800 Złoty verloren. Am folgenden Tage wurde ihm dieselbe von einem ehrlichen Finder wieder ausgehändigt. — Auf dem letzten stark besuchten und reichlich beschickten Wochenmarkt kostete das Pfund Butter 1,40—1,50, die Mandel Eier 1,10—1,20.

Auf dem Schweinemarkt war der Handel gegen den Vormarkt etwas belebter; man forderte für jüngere Absatzferkel 16—25 Złoty pro Paar, für ältere bis 30 Złoty. — Der vor einigen Tagen wegen Diebstahls in der Wohnung des Bankdirektors Belau hier von der Polizei verhaftete Sylvester Wisniewski, ohne festen Wohnsitz, wurde vom hiesigen Burggericht zu 18 Tagen Gefängnis verurteilt. Ebenso verurteilte das Gericht den an demselben Tage bei einem Diebstahl im Hause des Kaufmanns Josef Kutzner überraschten Stefan Frąckowski, ohne festen Wohnsitz, zu 10 Tagen Gefängnis. — Unter den Schweinebeständen der Besitzer Anton Biniak in Zempelkowo und Richard Mayer in Eichfelde hiesigen Kreises wurde amtlich die Rotlaufseuche festgestellt.

Strafrecht und Politik.

Von Dr. Udo Rukser.

Am 1. September ist das neue polnische Strafgesetzbuch in Kraft getreten. Dieses Ereignis ist nicht nur eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Schaffung eines einheitlichen polnischen Rechts; mehr als jedes andere Gesetz greift gerade das Strafgesetzbuch in das Leben des Einzelnen und der Gesellschaft ein. Der Staat bestimmt durch das, was er erlaubt und was er verbietet, die Lebensformen und -möglichkeiten des Volkes und der Volksgruppen in der einschneidendsten Weise. Dies gilt vor allem für das Gebiet der Politik und erst recht heute, wo Wirtschaftskrise, Innen- und Außenpolitik ganz außerordentliche Spannungen hervorgerufen haben. Deshalb sind gerade die Minderheiten an der Neugestaltung des Strafrechts ganz besonders interessiert, weil, wie die Erfahrungen der letzten zwölf Jahre zeigen, dieses darüber entscheidet, wie groß ihr politischer Spielraum ist. Unter diesem Gesichtspunkt seien daher einige Bestimmungen des neuen Gesetzes betrachtet.

Schon immer gehörte die Regelung der politischen Delikte im Strafrecht zu den umstrittensten und unbefriedigendsten Parteien; denn der Notwendigkeit, den Staat und seine Einrichtungen auch strafrechtlich zu schützen, stand von je die Schwierigkeit gegenüber, die Tatbestände der politischen Delikte so genau zu umschreiben, daß die Grenze des Erlaubten und des Verbotenen eindeutig feststellbar wurde. Zur Vermeidung von Rechtsunsicherheit und um zu verhindern, daß die Strafjustiz zu einem Mittel der jeweiligen politischen Strömung herabgewürdigt wird, ist also die möglichst genaue Umschreibung der strafbaren Handlungen völlig unerläßlich. Leider befriedigt in dieser Richtung das neue Strafgesetzbuch durchaus nicht. Der 18. Abschnitt, der von den Verbrechen gegen die auswärtigen Interessen des Staates handelt, enthält so dehnbare Formulierungen, daß selbst der objektivste Richter bei der Gesetzesanwendung in Gewissenskonflikte geraten muß und jedwede politische Tätigkeit riskant wird. So wird nach Art. 109 mit Gefängnis bis zu 10 Jahren bedroht, der polnische Staatsangehörige der im Ausland unrichtige Nachrichten öffentlich verbreitet, um den Interessen des polnischen Staats zu schaden. Kann man schon sehr verschiedener Meinung darüber sein, was den polnischen Interessen schadet oder nützt, so lehren die politischen Prozesse der letzten Jahre, was alles „unrichtige Nachrichten" sein können. Es ist also gefährlich, über polnische Verhältnisse in der ausländischen Presse zu schreiben.

Noch weiter geht der Art. 170, der die Verbreitung unrichtiger Nachrichten schon dann unter Strafe stellt, wenn diese öffentliche Unruhe hervorrufen können. Auch hier hätte verdeutlicht werden müssen, was unter unrichtigen Nachrichten zu verstehen ist.

Nach Art. 99 ist mit Mindeststrafe von zehn Jahren Gefängnis bedroht, wer sich mit einer Person in Verbindung setzt, die im Interesse eines ausländischen Staats oder einer internationalen Organisation handelt, um kriegerische oder andere feindliche Handlungen gegen Polen hervorzurufen. Auch der Völkerbund ist eine internationale Organisation. Ist es strafbar, ihn auf Grund des Minderheitenvertrages zum Schutz gegen irgendwelche Maßnahmen polnischer Behörden anzurufen? Die Entscheidung darüber hängt davon ab, was man unter einer „feindlichen Handlung" versteht. Wenn man als Maßstab anlegt, was Zaleski in der Sitzung des Völkerbundsrats vom Dezember 1928 über die Petitionen des deutschen Volksbundes sagte, so hat man allen Grund zur Besorgnis.

Nicht minder dehnbar ist Art. 152, nach welchem die Schmähung oder Beschimpfung des polnischen Volkes oder Staates strafbar ist. Es wird schwer sein, hier die Grenze erlaubter Kritik zu finden. Ferner: ist das polnische Volk im Sinne dieses Artikels die Gesamtheit der polnischen Staatsangehörigen oder nur die engere Gemeinschaft polnischer Nationalität? Da das Gesetz keine Unterscheidung vornimmt, wird im ersten Sinne zu entscheiden sein. Hoffentlich dient diese Bestimmung dazu, die Minderheiten endlich gegen die Beschimpfungen einer gewissen Hetzpresse zu schützen.

Neben diesen Vorschriften bleiben unter anderm weiter in Kraft das alte Pressegesetz und vor allem die Verordnung vom 16. 2. 1928 über die Bestrafung von Spionage und einiger anderer Verbrechen gegen den Staat. Nach dieser macht sich z. B. strafbar, wer jemandem Nachrichten offenbart, die im Interesse des polnischen Staats vor einer fremden Regierung geheim zu halten sind. So notwendig die Verfolgung wirklicher Spionage ist, so ungenau sind hier die geheim zu haltenden Nachrichten umschrieben. Die wissenschaftliche Kritik an der entsprechenden Praxis des deutschen Reichsgerichts, die von Professor Liepmann-Hamburg geführt wird, hätte Anlaß geben sollen, bei der jetzigen Kodifikation schärfere Formulierungen aufzustellen. Dies um so mehr, als Art. 4 dieser Verordnung unter Umständen auch die Übermittlung wirtschaftlicher Nachrichten bestraft, obwohl doch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse einen ständigen Austausch von Wirtschaftsnachrichten voraussetzen.

Das neue polnische Strafrecht gibt, wie man sieht, auf dem Gebiet der Politik dem Richter eine große Freiheit des Ermessens. Hoffentlich gelingt es der polnischen Justiz, dem fortschrittlichen Geist des neuen Gesetzes die objektiven Maßstäbe für dieses Ermessen zu entnehmen, die allein verhindern können, daß berechtigte politische Bestrebungen in Illoyalität umschlagen.

Zukunftsaussichten des französischen Volkes

In Westfrankreich gibt es Gebiete, wo Weinberge, Häuser und Felder schon seit langem unbebaut und verfallen dastehen. Die früheren Besitzer sind verstorben, — Erben sind nicht vorhanden. Es gibt Gebiete, wo man kilometerweise kein lebendes Wesen antreffen kann.

Der gegenwärtige Volksbestand reicht nicht aus, um das ganze Land auszufüllen. Dazu kommt noch der Umstand, daß die Landbevölkerung in die Städte auswandert. Der Geburtenrückgang hat sich wohl etwas gebessert: im vorigen Jahr wurde bereits ein Überschuß von 33 193 Menschen erzielt. Der Gesamtzuwachs in den letzten fünfzig Jahren — einschließlich Elsaß-Lothringen — beträgt aber nur zwei Millionen Menschen. Trotz der aufmunternden Prämien der französischen Akademie, die kinderreichen Familien erhebliche Geldunterstützungen gewähren, weigert sich die Französin, Kinder in die Welt zu setzen . .

Der gegenwärtige französische Ministerpräsident Herriot hat angesichts der bestehenden Situation die Frage aufgeworfen: Muß Frankreich tatsächlich genau so aussterben, wie einst Sparta?

Einen Ausweg aus dieser Situation glaubt man aber bereits gefunden zu haben. Um die im Weltkriege gefallenen 1,5 Millionen Männer zu ersetzen und das Geburtendefizit zu decken, hat die Französische Regierung neuerdings eine Vermehrung des Volkes durch eine neue Einbürgerungspolitik in die Wege geleitet.

Die maßgebenden französischen Stellen betrachten in den 3 Millionen Ausländern, die ständig in Frankreich leben, die Menschenreserve, welche die abnehmenden Kräfte des Volkes ersetzen soll. Die Regierung geht von dem Standpunkte aus, daß die Mehrzahl der Ausländer, die in Frankreich ansässig sind, dieses Land als ihre zweite Heimat betrachten und ideell somit in einem gewissen Sinne Franzosen geworden sind. Diese Fremden schätzen die französische Gastfreundlichkeit, die Gleichberechtigung Aller, die Arbeitsamkeit und das ruhige Leben. Aus diesem Grunde sei auch die Erscheinung zu erklären, daß die Kinder der Ausländer in Frankreich besser die französische als die eigene Sprache beherrschen.

Es war mal eine Zeit, als die Franzosen mit den Einbürgerungen sehr zurückhaltend waren. Heute werden aber jährlich Zehntausende von Franzosen neugebacken. Um das Leben für Ausländer in Frankreich schmackhafter zu machen, bestehen in bezug auf diese keine besonderen zivilen Beschränkungen. Vielleicht ist das auch der Grund dafür, daß von Jahr zu Jahr die Zahl der Einbürgerungen in Frankreich ständig steigt. Die Zahl der russischen Emigranten, die jährlich die französische Staatsbürgerschaft erwerben, dürfte eine konstante Größe erreicht haben: sie beträgt im Durchschnitt 500. Diese Menschen haben die Hoffnung, in ihre Heimat jemals zurückkehren zu können, aufgegeben und lassen sich in dem Gastlande endgültig nieder.

In den letzten Jahren hat man den Einbürgerungsprozeß erheblich abgekürzt. Besonders leicht ist es, die französische Staatsbürgerschaft zu erwerben, wenn einer der Ehegatten früher Franzose war, oder wenn dem ausländischen Ehepaar auf dem französischen Boden ein Kind geboren wurde. Ferner wird verlangt, daß die betreffenden Kandidaten die französische Sprache verstehen. Die Anforderungen in dieser Beziehung sind aber nicht groß.

Bis jetzt hat eine solche Assimilierungspolitik den Franzosen keine Nachteile gebracht. Die jahrhundertealten Erfahrungen haben gezeigt, daß die Kinder der Eingebürgerten stets großartige Franzosen geworden sind. Von diesen haben in der französischen Geschichte zahlreiche eine hervorragende Rolle gespielt. Kardinal Mazarin war ein solcher „Eingebürgerter", er erweiterte aber die Grenzen Frankreichs bis an die Pyrenäen. Er sprach bis zu seinem Tode ein schlechtes Französisch. Gambetta war der Sohn eines italienischen Emigranten. Bokanowski, der vor einigen Jahren verunglückte Luftfahrtminister, war der Sohn eines aus Rußland eingewanderten jüdischen Handwerkers. Offenbach, ein Deutscher, die weltbekannte Radiumforscherin Frau Curie, eine Polin, der Wirtschaftler, Akademiker Paleologue, ein Rumäne. Vor allem aber war der größte Franzose der letzten Jahrhunderte, Napoleon, ein Vollblutitaliener.

W. L.

Kleine Rundschau.

Zeppelin in Pernambuco.

Pernambuco, 1. September. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute vormittag 7 Uhr 35 Minuten Greenwicher Zeit hier eingetroffen. An Bord befindet sich alles wohl.

Ein eigenartiger Flugunfall.

Paris, 2. September. (PAT) Einen eigenartigen Flugunfall verzeichnet das Fliegerkorps der französischen Armee. In der Nähe von Chartres befand sich ein Flugzeug, in dem 3 Offiziere Platz genommen hatten, auf einem Übungsflug. In der Höhe von 3000 Metern bemerkte man plötzlich das Fehlen eines Offiziers. Man stellte fest, daß der hintere Teil des Flugzeuges mit dem Maschinengewehr und dem betreffenden Offizier sich gelöst hatte und abgestürzt war. Der Offizier konnte den Fallschirm nicht mehr zum Öffnen bringen und fand den Tod.

Bäder und Kurorte.

Der deutsche Schulverein in Dirschau wird exmittiert!

Das „Pommereller Tageblatt" meldet unter dem 1. September aus Dirschau:

Gestern nachmittag um 4 Uhr wurde dem Vorstand des Deutschen Schulvereins in Dirschau ein Gerichtsbeschluß eingehändigt, daß auf Antrag des Vorstandes des St. Georgenhospitals (das Schulgebäude des Deutschen Privatgymnasiums) die Exmission des Schulvereins verfügt ist und das Gebäude um 6.30 Uhr (!) zu räumen sei. Die Räumung wurde dann nach Rücksprache mit den maßgeblichen behördlichen Stellen auf heute vormittag verschoben. Um 8 Uhr erschienen ein Gerichtsbeamter sowie Vertreter des Magistrats und des Kuratoriums des St. Georgenhospitals, und verlangten die Herausgabe der Schlüssel. Gegen den Protest des Schulvorstandes wurde dann mit der Exmission begonnen.

In der Begründung des Gerichtsbeschlusses heißt es:

„Die Antragstellerin verpachtete ihr Gebäude in der ulica Wodna am 27. August 1921 der Gegnerin zu Schulzwecken bis zum 30. Juni 1930. Nach Ablauf dieser Frist wurde der Vertrag bis zum 30. Juni 1932 verlängert. In dieser Zeit wollte die Antraggegnerin ein neues Schulgebäude als ihr Eigentum erbauen. Der Antraggegnerin wurde die Konzession zur Weiterführung des Gymnasiums entzogen und eine neue Erlaubnis bisher nicht erteilt. Das Gymnasium ist bereits ein Jahr geschlossen und die Räumlichkeiten stehen leer.

Vorstehender Tatbestand wurde durch die eidesstattliche Versicherung des Bürgermeisters Hempel bekräftigt und durch Vorlegung des Mietsertrages, sowie der betreffenden Akten als glaubwürdig angenommen.

Unter diesen Umständen und mit Rücksicht auf die Dringlichkeit dieser Angelegenheit sowie auf den unersetzlichen Schaden und aus sozial-örtlichen Rücksichten als auch bildenden kulturellen mußte man infolge der ordentlichen Beglaubigungen wie oben entscheiden nach § 935 und 942 — der Kosten wegen nach § 91 der Zivil-Prozeßordnung."

Dazu bemerkt das „Pommereller Tageblatt":

Betrachten wir zuerst die formale rechtliche Seite der Angelegenheit. Wie hier der stellvertretende Bürgermeister Hempel als Vertreter des Vorstandes des St. Georgenhospitals eidesstattlich erklärte, wurde der Vertrag mit dem Schulverein bis zum 30. Juni 1932 verlängert. In dem Vertrag ist **eine halbjährige Kündigungsfrist** vorgesehen. Ferner enthält er die Klausel, daß er **stillschweigend verlängert** wird, falls keine Kündigung erfolgt. Der Vertrag war faktisch also nur dann erloschen, wenn er bis zum 31. Dezember 1931 gekündigt worden wäre. **Im andern Falle ist seine Verlängerung automatisch eingetreten.** Da der Vertrag auch zum 30. Juni 1932 nicht gekündigt wurde, kann also eine Kündigung erst zum 31. Dezember 1932 erfolgen, **so daß der Vertrag tatsächlich noch bis zum 30. Juni 1933 in Kraft bleibt, vor welchem Termin also keine Exmission erfolgen durfte.** Die Rechtslage liegt hier u. E. klar. Wie man auf Grund dieses Tatsachenbestandes zu dem Exmissionsbeschluß kommen konnte, ist uns unbekannt. Sonderbar ist, daß der Antragsgegnerin (also der Deutsche Schulverein) bis gestern nachmittag nichts von dem Exmissionsantrag des Hospitals-Vorstandes mitgeteilt wurde, vor Gericht also auch überhaupt nicht gehört wurde.

In der Begründung wird ferner hervorgehoben, daß der Vorstand des St. Georgenhospitals das Gebäude kulturellen Zwecken dienstbar machen will. Bekanntlich bemüht sich die hiesige deutsche Elternschaft nach der Schließung des deutschen Privatgymnasiums — also schon seit Monaten — um die Genehmigung zur Eröffnung einer **privaten Volksschule,** ohne bisher eine endgültige Antwort erhalten zu haben. Vielleicht hätte das Kuratorium bei Unterstützung dieses Antrags durch den Magistrat, der ja Protektor des St. Georgenhospitals ist, bereits eine gewährende Antwort erteilt. Das Bestreben des Magistrats, das Gebäude kulturellen Zwecken dienstbar zu machen, wäre dann ja erfüllt.

Das St. Georgenhospital selbst ist eine alte Stiftung, die schon seit Jahrhunderten im Besitze der hiesigen deutschen evangelischen Gemeinde ist. Protektor und damit auch Mitglied des Vorstandes ist der Magistrat. Das Kuratorium muß nach dem Sinne der Stiftung aus Mitgliedern der evangelischen Gemeinde bestehen. Sonderbarerweise hat man bei den letzten Wahlen zum Kuratorium der Stiftung — die das Stadtparlament vornimmt — die evangelischen Deutschen übergangen und evangelische Polen gewählt. **Die deutsche evangelische Gemeinde, die Jahrhunderte hindurch durch dieses Hospital, das auch noch heute teilweise als Altersheim eingerichtet ist, viel Gutes an hilfsbedürftigen Angehörigen beider christlicher Konfessionen getan hat, wurde damit vollständig aus der Verwaltung des Hospitals ausgeschaltet. Das war die erste „Dankesleistung" an das hiesige Deutschtum. Die heutige Maßnahme ist eine Kundgebung des gleichen Geistes.**

*

Ein Gerichtsbeschluß.

Donnerstag nachmittag wurde die Exmission des Dirschauer Schulvereins aus dem St. Georgenhospital eingestellt, da dem Einspruch des Schulvereins gegen die Exmission vom Gericht stattgegeben wurde. Für eine mündliche Verhandlung wurde ein Gerichtstermin auf den 8 November festgesetzt.

Die Streiklage unverändert.

Boryslaw, 3. September. (PAT.) Die Streiklage im Naphtha-Gebiet Boryslaw hat am gestrigen Tage eine wesentliche Änderung nicht erfahren. Es streiken sämtliche Gruben sowie zum Teil auch die Raffinerien. Im Betriebe ist die Raffinerie „Polman" in Drohobycz, gearbeitet wird auch in der Firma „Nafta". Die Arbeiter der Firma „Gazolina" sind dem Streik nicht beigetreten, da die Verwaltung dieser Fabrik bis jetzt die Löhne nicht gekürzt hat. Im Betriebe sind ferner etliche kleinere Raffinerien sowie das Elektrizitätswerk „Podkarpackie Towarzystwo Elektryczne". Die Ruhe wurde nirgends gestört.

In Lodz dauert der Textilarbeiter-Streik in der „Widzewer Manufaktur" unverändert an, da die Firma nicht von der Forderung einer 15prozentigen Lohnsenkung abgehen will. Auch in der Firma Scheibler und Grohmann ist es zum Streik gekommen, da die Firma die Löhne benfalls kürzen wollte. Hier soll die Arbeit aber nach einem Beschlusse der Delegierten der streikenden Arbeiter am Montag wieder aufgenommen werden, nachdem sich die Arbeiter mit einer Herabsetzung der Lohnsätze bis zum Niveau vom Dezember 1928 einverstanden erklärt haben.

Offene Stellen

Stellengesuche

3. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 202.

Bromberg, Sonntag den 4. September 1932.

Konservative Staatsführung.

Ein Aufsatz des Reichskanzlers von Papen.

Im Septemberheft der Zeitschrift „Volk und Reich“ veröffentlicht Reichskanzler von Papen eine Arbeit über „Konservative Staatsführung“. Wir bringen nachstehend einen Auszug daraus:

„In Deutschland besteht die Gefahr, konservative Politik gleichzusetzen mit der Tätigkeit der Konservativen Partei Preußens vor dem Kriege. Um dieser Gefahr willen muß immer wieder an die Erkenntnisse erinnert werden, auf denen konservative Politik beruht; nämlich auf der bewußten Sorge um die planmäßige Erhaltung des menschlichen Lebens in seinen natürlichen Ordnungen.

Die Staatsgewalt, deren höchster Träger heute vom Volke gewählt und dem ganzen Volke zum Dienst verpflichtet ist, erscheint einer konservativen Politik als teueres Gut und kostbarer Besitz des Volkes. Sie muß stark und unabhängig sein, damit von ihr Gerechtigkeit ausgehen kann, Gerechtigkeit für die Bedürfnisse des ganzen Volkes. Sie muß stark sein, damit an ihrer Autorität alle Ordnungen der Gesellschaft, der Selbstverwaltung und der Wirtschaft einen sicheren Halt finden. Ihre Unabhängigkeit begründet sie auf ihre Macht; ihre Autorität aber auf die Gerechtigkeit, die ihr die freie Anerkennung eines freien Volkes schafft.

Die Weimarer Verfassung begründet in ihrer rechtlichen Ordnung an sich keine Autorität. Ihr Ideal wäre die Selbstherrschaft des Volkes durch seine berufenen Vertreter. Weil dieses Ideal aber nicht erreichbar ist, hat die Weimarer Verfassung ein System gegenseitiger Kontrollen und gegenseitigen Mißtrauens der verschiedenen Gewalten zueinander vorgesehen, durch welches die Freiheit des Volkes gewahrt bleiben soll. Dieses Gegenspiel der verfassungsmäßigen Gewalten gegeneinander hat aber die Freiheit des Volkes nur gefährdet. Freiheit kann nur da sein, wo jemand in voller Unabhängigkeit diese Freiheit schützt. Auch die Weimarer Verfassung hat im Ansatz ein solches überlegenes Amt vorgesehen, dem in Notzeiten die Fülle der gesetzgebenden und der ausübenden Gewalt zukommt und dessen Träger die Einheit des Volkes und die Einheit des Reiches darstellen soll: das Amt des vom Volke gewählten, auf sein Vertrauen gestützten Reichspräsidenten. Wenn heute der Reichspräsident zum sichtbaren Symbol der Staatsautorität geworden ist, so danken wir dies in erster Linie der Persönlichkeit, welche das konservative Wesen so sinnfällig ausgebildet und in den Dienst des Volkes gestellt hat. Der Reichspräsident selbst weist also durch die Bewährung seines unabhängigen Amtes die Richtung, in der der Neubau des Reiches weitergeführt werden muß.

Die Autorität der Staatsgewalt muß gesichert werden durch die Macht. Sie ist verkörpert in der Wehrmacht. Für den konservativen Menschen findet die Macht des Staates Ausdruck in seiner Fähigkeit, Volk und Heimat vor fremden Übergriffen zu schützen. Wir ringen heute noch um dieses natürlichste Grundrecht jedes Volkes. Das zeigt, wie weit wir noch von der Erfüllung eines echten Staatsaufbaues entfernt sind. Aber die Grundlagen, auf denen weiterentwickelt werden kann, sind vorhanden im Geist, der die Reichswehr erfüllt, und in der Person ihres Oberbefehlshabers.

Die Staatsautorität ist die Grundlage für jede Weiterentwicklung in Staat und Wirtschaft. Sie allein sorgt dafür, daß der berechtigte Wille zur Neugestaltung seine Ideen an der gegebenen Wirklichkeit erprobt, daß eine Umbildung der Formen nicht alle Ordnungen erschüttert und das Leben der Volksgemeinschaft gefährdet. Deshalb erfordert eine konservative Politik die unbedingte Sicherung der Staatsautorität. Allein auch hier verpflichtet konservative Gesinnung zu warnen vor blindem Glauben an die Macht der Bajonette, die niemals ausreicht, die Staatsautorität auch innerlich zu stabilisieren.

Unter dem Schutz dieser Autorität stehen das wirtschaftliche und kulturelle Leben des Volkes.

Die gegenwärtige Lage zeigt ganz klar, daß Parteiherrschaft und Staatsführung Begriffe sind, die sich niemals miteinander decken können. Es ist wohl theoretisch denkbar, daß eine Partei im Parlament die Mehrheit gewinnt und die Staatsführung für sich in Anspruch nimmt. Die NSDAP. hat diese theoretische Möglichkeit als praktisches Ziel verkündet und ist diesem Ziel in hohem Maße nahegekommen. Wer noch einen Sinn für die mitreißende Kraft einer großen verständigen Bewegung besitzt, wird es ohne Rückhalt begrüßen, daß sich Millionen Deutsche im Glauben an die Zukunft der Nation zusammengefunden haben. Hier sind Ansätze vorhanden, aus denen sich neuer konservativer Geist entwickeln kann. Es ist zu hoffen, daß die Führer dieser Bewegung die Nation über die Partei stellen werden und damit dem Glauben von Millionen an einen Ausweg aus der seelischen und materiellen Not des Volkes auch in der Staatsführung sichtbaren Ausdruck geben werden. Jetzt geht es um den Staat und nicht um die Partei. Die Menschen, die zur NSDAP. geströmt sind, haben sich zum größten Teil von den alten liberalistischen Parteien abgewandt und sich der Bewegung in der Hoffnung angeschlossen, an einem Neubau des Staates auf konservativer Grundlage mitzuwirken. Ein Staat aber, der von einer Partei und einem Parteiapparat beherrscht wird, kann konservatives Leben nicht entwickeln. Die Hoffnungen in den Herzen der Millionen von Nationalsozialisten können nur durch eine autoritäre Regierung erfüllt werden.

Die Frage einer Regierungsbildung auf parlamentarischem Koalitionswege ist neuerdings wieder in den Kreis der öffentlichen politischen Diskussion gestellt worden. Wenn angesichts der wachsenden Not derartige Verhandlungen mit dem Motiv geführt werden, den parteipolitischen Gegner durch Mißerfolg seiner Regierungstätigkeit zu vernichten, so ist das ein gefährliches Spiel, vor dem nicht genug gewarnt werden kann. Denn letzten Endes bedeuten solche Pläne nichts anderes als eine Taktik, die in Kauf nimmt, daß es dem Volke noch schlechter geht und der Glaube von Millionen in bitterste Enttäuschung umschlägt — **wenn nur damit das Ziel erreicht wird, den politischen** Gegner zu vernichten. Es liegt in der Natur solcher parteitaktischer Manöver, daß sie verschleiert und in der Öffentlichkeit abgeleugnet werden. Das kann mich nicht hindern, offen vor solchen Plänen zu warnen, bei denen es zunächst unerörtert bleiben mag, wer der Betrogene und wer der Betrüger ist — die aber bestimmt das deutsche Volk um die Hoffnung auf die Besserung seiner Lage betrügen. Nichts kann eindringlicher die Notwendigkeit einer autoritären Regierung beweisen als derartige Aussichten auf die Manöver eines taktischen Spieles der Parteien.

Die Forderung nach konservativer Staatsführung darf aber nicht in der Weise verfälscht werden, als ob die konservativen Elemente in der Staatsführung nicht der Gegenwart, sondern einer Vergangenheit, die restauriert werden müsse, zu gelten hätten. Deshalb müssen alle Versuche von Parteien abgelehnt werden, die darauf hinzielen, unter dem Schutz des Begriffs konservativer Herrschafts- oder Besitzformen ihre Pläne zu verfolgen. Die Vertretung der Notwendigkeit eines Präsidialkabinetts darf nicht mit irgendwelchen Interessen verbunden sein. Der Sinn einer autoritären Regierung würde vollkommen verfälscht, wenn man irgendwie dem Gedanken Nahrung gäbe, das Präsidialkabinett sei notwendig, um den Willen der überwiegenden Mehrheit des Volkes zu durchkreuzen. Ich glaube vielmehr, daß die Maßnahmen, die die Reichsregierung in nächster Zeit zu treffen hat, den Widerhall viel weiterer Kreise des Volkes finden werden, als sie durch irgendeine parlamentarische Regierungsbildung zusammengebracht werden können.

Der Grund dafür liegt nahe. Die Not hat die Menschen daran erinnert, daß jede Weiterentwicklung des öffentlichen Lebens in Staat und Wirtschaft nur dann auf die Dauer möglich ist, wenn man sich immer wieder an die christlichen Grundlagen und Grundgesetze des Gemeinschaftslebens erinnert. Daran glauben, heißt konservativ sein.“

Deutschlands Gleichberechtigungsforderung

in polnischer Beleuchtung.

Mit dem deutschen Schritt in Paris, der die Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage mit den anderen Mächten fordert, hat die polnische Presse, in erster Linie aber den **„Kurjer Poranny“**, direkt aus dem Häuschen gebracht. Und man darf sich darüber nicht wundern, hat doch gerade dieses Blatt in ähnlichen Fällen in Anpöbeleien und Schimpfworten gegen Deutschland den Rekord der gesamten deutschfeindlich eingestellten Presse geschlagen. Wir lesen im „Kurjer Poranny“ folgenden Erguß:

Die in den letzten Tagen vollkommen offiziell in einer diplomatischen Note an die Adresse der Großmächte gerichtete Forderung, die im April in Lausanne unterbrochenen Unterredungen wiederaufzunehmen, zeugt nicht allein davon, daß Deutschland die sogenannte Gleichberechtigung erlangen will, sondern auch davon, daß England und Frankreich durch ihr Verhalten Deutschland haben Mut einflößen müssen, diesen Schritt zu tun. Die Tatsache, daß der diplomatische Schritt Deutschlands unverzüglich nach den in heißer Atmosphäre geführten Unterredungen des Herrn Herriot mit Herrn Samuel auf der Insel Jersey unternommen wurde, gibt diesen deutschen Forderungen **den Beigeschmack eines abgekarteten Spiels, für das in den europäischen Kabinetten und besonders in den sozialistischen von Amts wegen pazifistischen Köpfen Sympathie zu finden ist,** die gerade mit Rücksicht auf ihren Pazifismus, sich mit den konkurrenzlosen Rüstungen Deutschlands einverstanden erklären, trotzdem dieses von niemand bedroht wird und es niemand versucht hat, es anzugreifen, als Deutschland schwach war. Dies ist gewissermaßen ein Paradoxon, durch das die Sozialisten der Welt gegenüber dem deutschen Sozialismus, der sich fast ohne Protest der Diktatur der Generäle in Deutschland unterwirft, in eine sozusagen psycho-pathologische Knechtschaft geraten.

Ist es nicht eine zynische Verhöhnung der ganzen Welt, daß in dem Augenblick, als sich die Welt fruchtlos in Genf monatelang an der Ausfindigmachung einer Formel der Rüstungseinschränkung abquälte, zu der sich alle dem Völkerbunde angehörenden Völker bekannten, daß gerade in diesem Augenblick Deutschland, ebenfalls Mitglied des Völkerbundes, zynisch die Verpflichtungen durchstreicht (Nachdem diese Verpflichtungen von anderen Staaten nicht eingehalten werden. D. R.), die sich aus dem Völkerbundpakt ergeben und die Abrüstungskonferenz in das Privileg einer freien Rüstung Deutschlands auf der ganzen Linie und in dem vollen Schrecken der heutigen mörderischen Erfindungen des Krieges verwandeln. Deutschland bereitet mit vollem Zynismus den Krieg vor, nachdem es sogar zuvor die Ziele angekündigt hatte, für die es den Krieg zu beginnen beabsichtigt. Ob sich diese Ziele nicht zu dem Verlangen der Herrschaft über die Meere vertiefen und sich nicht auf der Forderung nach der unbedingten Oberherrschaft über Europa erweitern werden, würden die eventuellen deutschen Erfolge zeigen, die in Europa entweder mit dem Knüppel der deutschen Erpressung, die bis jetzt mit Erfolg praktiziert wird, oder mit dem Kreuzritterschwert, mit der eingezeichneten preußischen Losung „Ausrotten“ erzielt werden. Denn Deutschland zielt darauf ab, sämtliche Einflüsse in Europa zu entwurzeln und dieses ausgerodete Gebiet mit dem Korn der Preußenherrschaft über Europa zu besäen. In dieser Beziehung herrscht in Deutschland volle Einmütigkeit, die eine ernste Gefahr heraufbeschwören kann. Denn man darf nicht einen Augenblick vergessen, daß Deutschland mehr gerüstet als jedes andere Volk ist. Hat sich doch Hitler zu einer 500 000 Mann starken Armee seines chauvinistischen Heeres bekannt. Zahlreich sind die „privaten“ Reihen des „Stahlhelm“, die Reichswehr zählt 100 000 Mann, dann gibt es noch verschiedene Polizeigattungen, Landesverteidigungstruppen usw. usw.

Wozu will also Deutschland die Reorganisation seiner Rüstungen?! Zu dem Zweck, um vollkommene Freiheit zu erlangen, um die Rüstungen nicht verbergen zu brauchen und vor allem dazu, um durch Erlangung des Einverständnisses zu der Gleichberechtigung auf dem Gebiet der deutschen Rüstungen Deutschland sagen könnte, daß Europa, nachdem es sich mit der freien Rüstung Deutschlands einverstanden erklärt, es auch nichts dagegen einzuwenden hätte, daß Deutschland seine Ziele auf friedlichem Wege und falls unmöglich, auf dem Wege der friedlichen Erpressung, in diesem Falle mit Waffengewalt, erreichen. Um dieses stille Einvernehmen bemüht sich Deutschland, um dieses diplomatische Argument, mit dem es operieren wird, sofern sich nur Gelegenheit hierzu bietet.

Auch die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit dem neuen deutschen Schritt. Das Blatt schreibt u. a.:

„Unter den Großmächten wird sich heute der deutschen Forderung lediglich Frankreich widersetzen, doch auch Frankreich wird nachgeben müssen. Denn wenn die Dinge soweit vorgeschritten sind, so muß man sich ohne Umschweife sagen, daß die ganze Idee, das besiegte Deutschland für immer in bezug auf die Rüstungen in einer Ausnahmestellung zu belassen, ein großer Unsinn war. **Denn kann man sich vorstellen, daß ein großes Volk sich damit abfinden und ähnliche Verbote mit dem Augenblick abschütteln wird, da es stark ist und die internationale Lage dies gestattet.** Man hätte an die Verbote für Deutschland solange denken können, als die französischen Truppen im Rheinland standen, doch mit dem Augenblick der Räumung war über das Schicksal der Entschädigungen als auch der Rüstungseinschränkungen entschieden. Nur Blinde und Naive haben dies nicht gesehen.

. . . Die einzige Abkehr von diesem Wege wäre der Bruch mit der bisherigen Politik von Genf und Locarno und die Rückkehr zu den Bündnissen, die sich auf militärische Verständigungen stützen. Die militärischen Konsequenzen würden darin bestehen, daß bewaffnete Kräfte unterhalten werden, die sich den bewaffneten Kräften Deutschlands entgegenstellen könnten. Alles andere wird eine Täuschung und eine neue Erleichterung der künftigen Katastrophe sein. Alles andere würde die direkte Kriegsvorbereitung bedeuten. Die polnische öffentliche Meinung sollte sich darüber klar sein, daß die Wiedererlangung der freien Rüstungen durch Deutschland diesem Mittel und Werkzeuge in die Hand geben wird, die nötig sind, um eine Änderung der letzten noch übrig gebliebenen Bestimmungen des Versailler Traktats, der territorialen Bestimmungen auf die Tagesordnung zu setzen. Nötig ist daher eine weise voraussehende und energische Politik, eine entsprechende militärische Macht und endlich die moralische (!) Vorbereitung des Volkes auf die seiner harrenden Anstrengungen, also eine entsprechende Innenpolitik, die eine unentbehrliche Bedingung einer energischen Außenpolitik ist.“

Rundfunk-Programm.

Dienstag, den 6. September.

Königswusterhausen.

06.20 ca.: Von Hamburg: Konzert. 12.00: Wetter. 12.05: Schulfunk: Französisch für Schüler. Anschl.: Aus R. Strauß' Opern (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Märchen und Geschichten: Der Herbstwind geht auf die Reise. 15.45: Frauenstunde: Künstlerische Handarbeiten: Die Häkeltechnik. 16.30: Von Leipzig: Konzert. 17.30: Paul Steinborn: Das Gesicht der modernen Zeitung (II). 18.00: Walter Diekermann: Musikalische Hörübungen. 18.30: Volkswirtschaftsfunk. Rechtsanwalt Michalke, Syndikus der Industrie- und Handelskammer: Die Osthilfe und ihre bisherigen Ergebnisse. 18.55: Wetter. 19.00: Dr. Ludwig Ferdinand Clauß: Antlitz und Seele. Neue Wege der Völkerkunde (II). 19.30: Prof. Dr. Georg Wegener: Wieviel Menschen kann die Erde ernähren? Anschl.: Wetter (Wiederholung). 20.00: Unterhaltungsabend. 23.00—24.00: Von Hamburg: Spätkonzert.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Von Hamburg: Konzert. 10.10: Schulfunk für höhere Schulen. 11.30 ca.: Was der Landwirt wissen muß! 11.50: Von Königsberg: Konzert. 13.05 ca.: Mittagskonzert. 14.05: Mittagskonzert (Schallplatten). 15.45: Das Buch des Tages. 16.00: Kinderfunk. 16.30: Musikalische Autorenstunde. 17.20: Fritz Kreisler geigt (Schallplatten). 18.05: Das wird Sie interessieren! 18.30: Max Herrmann-Neiße liest eigene Lyrik. 19.00: Abendmusik. 20.30: Der Bauer im Liede. Ernst Duis, Gesang; Gustav Siegert, Fagott; Reinhold Birke, Oboe. 21.10: „Der Tag bevor der Monsum kam.“ Hörspiel. 22.10—24.00: Unterhaltungskonzert.

Königsberg-Danzig.

06.30: Von Hamburg: Konzert. 11.30: Mittagskonzert. 13.30 bis 14.30: Lustige Stunde auf Schallplatten. 15.30: Musikalisches Stegreifspiel. 16.00: Von Danzig: Unterhaltungsmusik. 17.00: Von Rastenburg: Provinzialtagung der Ostpreußischen Evangelischen Frauenhilfe. 17.45: Bücherstunde. 18.25: Lieder von Richard Strauß und Richard Trunk. Cläre Wübken. Am Flügel: Richard Kursch. 19.15: Volkst. Lieder. 19.45: Heitere Stunde. 20.45: Abendmusik.

Warschau.

12.45, 13.35 und 15.10: Schallplatten. 15.40: Schallplatten. 17.00: Sinfoniekonzert. 18.20: Leichte Musik. 20.00: Konzert. Mitw.: Mossoczy, Baß. 21.00: Konzertfortsetzung. 22.00: Tanzmusik. 22.50: Tanzmusik.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Wirtschaft der Woche.

Der Tiefstand der Weltwirtschaftskrise überwunden?

Das deutsche Konjunkturinstitut prophezeit Umschwung auf breiter Front.

Das deutsche Konjunkturinstitut ist unter die Optimisten gegangen. In seinem eben erschienenen letzten Vierteljahresbericht glaubt das Institut, zum ersten Male seit drei Jahren deutliche und einigermaßen dauerhafte Lichtblicke in der Wirtschaftsentwicklung beobachten zu können. Der Bericht weist daraufhin, daß beim Eintritt in das vierte Jahr des Weltkonjunkturabschwungs sich erstmalig sowohl an den Effektenmärkten als auch an den wichtigsten Rohstoffmärkten nachhaltig und in breiter Front Ansätze zu einem Tendenzumschwung erkennen lassen. Die Aufwärtsbewegung nehme ihren Ausgang in den beiden angelsächsischen Ländern, in denen der Entspannungsprozeß auf dem Kapital- und Rohstoffmarkt bereits soweit vorgeschritten sei, daß günstige Rückwirkungen auf die bisher noch stark schrumpfende Produktionswirtschaft kaum ausbleiben können.

Inwieweit ist diese optimistische Diagnose des Konjunkturinstituts in den tatsächlichen Verhältnissen begründet? Von der Antwort, die die nächste Entwicklung auf diese schicksalsschwere Frage erteilen wird, hängt das Schicksal der Völker, das Wohl und Wehe vieler Millionen von Menschen in allen Weltteilen und schlechthin auch in Deutschland ab.

Das Ansteigen der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten stellt zweifellos ein erfreuliches Symptom dar. So stiegen die Baumwollpreise in Amerika seit Juni um 67 Prozent. In den letzten Tagen des August ist freilich eine gewisse Abschwächung eingetreten, die man aber auf die Ultimorealisationen zurückzuführen glaubt. Der Gummimarkt weist sowohl in London wie in Newyork eine rapid steigende Tendenz auf. Die letzten Londoner Warennotierungen verzeichnen eine steigende Nachfrage auf Kupfer, Blei, Jute und Weizen. Obwohl Rückschläge keinesfalls ausgeschlossen zu sein scheinen, schreitet der Handel und die Verbrauchsgüterindustrie zum Einkauf auf breiterer Grundlage, wobei in Erwartung breiterer Preissteigerung auch langfristige Kaufabschlüsse getätigt werden.

In der Produktionswirtschaft und insbesondere in den Schlüsselindustrien vermochte sich die Belebung auf den Rohstoffmärkten bis jetzt nicht auszuwirken. Bezeichnend ist, daß der Beschäftigungsstand der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie in der letzten Augustwoche nur 13 Prozent ihrer Kapazität betrug, was gegenüber der Vorwoche sogar eine Abnahme von 1 Prozent darstellte. Auch in den übrigen Zweigen der amerikanischen schweren und verarbeitenden Industrie bleibt die kritische Lage unverändert. Ähnlich gestaltet sich die Lage auch in den führenden Industrieländern Europas, vor allem in Deutschland und England. Die Indexziffer der industriellen Weltproduktion, die 1928 gleich 100 war, fiel von 69,7 Prozent im April auf etwa 65 Prozent im August dieses Jahres.

Die anhaltende Zinssenkung und die fortschreitende Liquidität der Geldmärkte bilden neben der Milderung der Vertrauenskrise und dem Entschuldigungsprozeß der Banken die Voraussetzung dafür, daß flüssige Mittel jetzt auch dem Kapitalmarkt zuströmen. Ausdruck hierfür ist die Hausse an den Renten- und Aktienmärkten. Die Bedeutung dieser Tatsache für die weitere Entwicklung darf jedoch nicht überschätzt werden. Für eine durchgreifende Belebung fehlen zunächst noch völlig die kapitalmäßigen Vorbedingungen. Die Gold- und Devisenbestände der Welt konzentrieren sich immer mehr bei der Gläubigergruppe, während sie bei den Schuldnerstaaten immer mehr zusammenschrumpfen. **Erst wenn diese unnatürliche Entwicklung von einem Ausgleich zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern abgelöst wird, und die Handelsbilanzen der verschuldeten Staaten durch steigende Ausfuhr sich aktiv gestalten, kann der Weg für einen allgemeinen weltwirtschaftlichen Aufschwung freigelegt sein.**

In gewissem Gegensatz zu der auffallend optimistischen Prognose des Konjunkturinstituts steht der letzte Monatsbericht der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft. In diesem Bericht wird die Ansicht vertreten, daß die steigende Tendenz auf den amerikanischen Warenmärkten hauptsächlich auf die Maßnahmen der Amerikanischen Regierung zurückzuführen ist. Die amerikanische Belebung scheint somit weniger das Ergebnis eines natürlichen wirtschaftlichen Umschwungs als ein Produkt der Konjunkturpolitik des Weißen Hauses und der Wallstreet zu sein.

Demgemäß muß man bei der Beurteilung der Weltwirtschaftslage auf Grund der neuesten amerikanischen Wirtschaftsentwicklung äußerste Vorsicht walten lassen. Das deutsche Konjunkturinstitut schränkt seine günstigen Voraussagen selbst ein, indem es anerkennt, daß in Deutschland trotz unverkennbarer Entspannungstendenzen die Voraussetzungen für einen baldigen Umschwung noch nicht gegeben seien. **Es erwartet die Schaffung dieser Voraussetzungen von einer großzügigen, zielbewußten, befruchtenden Wirtschaftsaktion der Regierung.** Das vor einigen Tagen vom Reichskanzler von Papen verkündete Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung steht zu diesen Ausführungen des Instituts in auffallender Parallele. Man darf wohl hoffen, daß die weitere Entwicklung neue unzweideutige Beweise der Überwindung des Krisentiefstandes erbringen und somit die Ansicht des Reichskanzlers und des Konjunkturinstituts bestätigen wird. M. A.

Polens Getreideexporteure zur staatlichen Getreidepolitik

Vor kurzem fand in Posen eine Sitzung des Rates des Verbandes der Getreideexporteure Polens unter dem Vorsitz des ehem. Ministers Plucinski statt, an der Vertreter der polnischen Ministerien, des Staatlichen Exportinstituts und der Bank Polski teilnahmen.

Der Verbandsvorsitzende, Minister a. D. Plucinski, hielt ein Referat über das Gesamtproblem der polnischen Getreidepolitik, in welchem er die Ansichten des Verbandes in bezug auf den Zollschutz, die Getreidelombardkredite, die Exportprämiierung, die Interventionsaktion der Staatlichen Getreidehandelsgesellschaft und die Konzentration des Getreideexports zum Ausdruck brachte. Im Ergebnis der umfangreichen Diskussion, die sich an die Rede anschloß, wurde eine Entschließnug gefaßt, in welcher der Verband der Getreideexporteure folgende Feststellungen trifft:

1. Die Getreidepolitik der Polnischen Regierung sei zwar auf richtigem Wege, müsse jedoch mangelhafte Ergebnisse zeitigen, weil die für diese Zwecke bereitgestellten Geldmittel unzureichend seien.

2. Die dreijährige Anwendung des Systems der Zollrückerstattung für Getreide und Getreideprodukte habe erwiesen, daß dieses System in Verbindung mit den anderen angewandten Mitteln auf dem Gebiete der Hebung des Preisniveaus gute Resultate erzielt habe, weshalb für diesen Zweck seitens des Staates weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten.

3. Seit etwa zwei Jahren gestalteten sich die Haferpreise in Ermangelung einer Zollrückerstattung ungünstig und lägen unter den Roggenpreisen. Dies bewirke, daß der Hafer im Inlande verbraucht wird und eine entsprechende Vergrößerung des Roggenangebotes nach sich zieht. Da sich in diesem Jahre die Weltmarktpreise für Hafer günstiger gestalten, als für Roggen, sei die Einführung der Zollrückerstattung für Hafer unbedingt notwendig. Die Ausfuhrprämiierung von Hafer würde die Möglichkeit einer besseren Finanzierung der Ernten ergeben.

4. Mit Rücksicht auf den allgemein niedrigeren Standard der diesjährigen polnischen Gerste und angesichts der Notwendigkeit, solche Ware auszuführen, wie sie gerade vorhanden sei, müsse das bisherige Qualitätsgewicht für Exportgerste entsprechend herabgesetzt werden.

5. Das Gleichgewicht der Handelsbilanz erfordere unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Forcierung der Ausfuhr von Getreide und Vermahlungsprodukten. Deshalb müsse dieser Export, als einer der wenigen Faktoren im Wirtschaftsleben Polens, der keine Kompensationen erfordere, unter die Fürsorge der Regierung gestellt werden und weitestgehende Unterstützung erhalten.

6. Eine der Hauptursachen der Erschwerung der Exportentwicklung von Getreide aus ganz Polen sei die Höhe der Eisenbahntarife, die in keinem Verhältnis zu dem derzeitigen Wert des Gutes ständen. Im Hinblick auf die Notwendigkeit der Getreideexportentwicklung seien die Tarife daher zu revidieren.

7. Das gute Funktionieren der Ausfuhr sei in hohem Maße abhängig von Krediterleichterungen gegen Verpfändnug der Frachtdokumente (Konnossemente und Frachtbriefe). Daher erachte es der Verband der polnischen Getreideexporteure als notwendig, daß entsprechende Kredite seitens der staatlichen Banken für diesen Zweck mobilisiert werden. DPW.

Flucht aus dem hohen Zins.

Der hohe Zins für staatliche und private Schulden bildet eines der größten Hindernisse auf dem Wege der wirtschaftlichen Gesundung der Welt. Der hohe Zinssatz stammt aus den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs, als das Geld teuer und gesucht war. Mit dem Beginn der wirtschaftlichen Depression, die sich im Laufe der letzten Jahre zur schwersten Krise zuspitzte, sanken die Preise für Rohstoffe und Industrieerzeugnisse, während auf dem Geldmarkt die festverzinslichen Werte im Gegensatz zu den variablen Papieren in ihrer Bewertung bzw. Verzinsung unverändert blieben. Die Frage der Zinskonvertierung steht heute im Mittelpunkt der Finanzpolitik zahlreicher Regierungen.

Die Britische Regierung unternahm vor kurzem eine großartige Operation, die auf die Konvertierung der staatlichen englischen Kriegsanleihen hinauslief. Die Transaktion ist glänzend verlaufen, obwohl die Finanzsachverständigen in bezug auf ihr Gelingen gewisse Bedenken geäußert hatten. Handelte es sich doch um den Umtausch festverzinslicher 5prozentiger Staatsrenten in neue Anleihepapiere, die mit nur $3^1/_2$ Prozent verzinst werden, in einem Gesamtbetrage von etwa 32 Milliarden Mark. Den Inhabern der Renten wurde vom englischen Schatzamt die freie Wahl überlassen, entweder in den Umtausch einzuwilligen, oder in den Kassen der Bank von England den vollen Wert ihrer Renten in bar zu erhalten. Der Erfolg der Konvertierung übertraf alle Erwartungen. Nur etwa 5 Prozent der neuen konvertierten Staatsanleihen blieben unverteilt, während 95 Prozent vom Publikum ohne Schwierigkeit übernommen wurden. Die englische Presse feierte den Erfolg der großen Finanztransaktion als Beweis dafür, daß die gesunden wirtschaftlichen Kräfte des Landes den krisenhaften Erscheinungen keinen Halt entgegenzusetzen vermögen. In der Tat legte das englische Publikum eine imponierende Selbstbeherrschung und Disziplin an den Tag, indem es alle Befürchtungen Lügen strafte, daß die angekündigte Operation einen Run auf die Bankkassen zur Folge haben würde. Es nahm den Verlust von $1^1/_2$ Prozent in Kauf und wechselte die alten Renten in die neuen ein.

Das englische Beispiel scheint jetzt in anderen Ländern Europas Schule zu machen. Der Vorsitzende der Finanzkommission der französischen Kammer Malvy kündigte an, daß das Französische Parlament am 16. September zu einer außerordentlichen dreitägigen Tagung einberufen werden soll, um die Konvertierung der hochverzinslichen französischen Renten und Staatsanleihen nach englischem Muster zu beschließen. Die Französische Regierung beabsichtigt, das betreffende Gesetz im schnellsten Tempo durch die beiden Kammern durchpeitschen zu lassen.

In Deutschland gestaltet sich die Frage der Zinskonvertierung anders, da es sich nicht um staatliche Anleihen, sondern um private Verschuldung handelt. Die Herabsetzung des Zinsfußes wurde als unumgängliche Voraussetzung für die Ankurbelung der deutschen Wirtschaft von führenden deutschen Industrie- und Landwirtschaftskreisen wiederholt verlangt und von Reichskanzler von Papen in seiner letzten Rede in Münster für die nächste Zeit angekündigt. Was die Zinsen für deutsche private Auslandsschulden anbetrifft, so gestaltet sich das Senkungsproblem schwieriger, da eine solche aus Gründen der Aufrechterhaltung des deutschen Kredites nicht durch einen einseitigen Akt der Deutschen Regierung geregelt werden kann.

Während noch vor kurzem die bloße Ankündigung der Möglichkeit einer Herabsetzung des Zinsfußes für deutsche Auslandsanleihen auf heftige Widersprüche der interessierten Auslandsgläubiger stieß, macht sich jetzt in dieser Beziehung ein günstiger Umschwung bemerkbar. Das führende Blatt der Londoner City „Financial Times" widmet der Frage, eine Artikelserie, in der es zum Ergebnis gelangt, daß Deutschland vollkommen außerstande sei, die Zinsen für seine privaten Auslandsschulden in der festgesetzten Höhe unter den gegenwärtigen Bedingungen zu zahlen. Nach der Feststellung der Ehrenhaftigkeit und Redlichkeit der deutschen Schuldner deutet das Blatt an, daß ein Zugeständnis von seiten der Gläubiger im Sinne der Herabsetzung der Auslandszinsen nicht umgangen werden könne. Auch ein zweites maßgebendes Finanzorgan Londons, die „Financial News", kommt zu ähnlichen Folgerungen. Es glaubt, daß die Deutsche Regierung schon in den nächsten Monaten Verhandlungen über Zinskonvertierung eröffnen werde. Das Blatt meint, daß die Gläubiger den berechtigten deutschen Wünschen Entgegenkommen zeigen müssen, und daß die Zinsherabsetzung die Sicherheit für die Rückzahlung des Restes nur erhöhen würde. Diese Äußerungen maßgebender britischer Finanzblätter, die zweifellos die vorherrschende Meinung der britischen Bank- und Finanzkreise widerspiegeln, stellen für den Erfolg einer deutschen Initiative in bezug auf eine Erleichterung der ausländischen Zinsenlast des Reiches ein günstiges Symptom dar. ky.

*

Auf der Konferenz der „Agrarstaaten" in Warschau war das Problem der Zinssenkung für die in früheren Jahren aufgenommenen Verpflichtungen der Agrarländer Gegenstand eingehender Beratungen. Nicht ohne Grund wies man auf die Tatsache hin, daß diese Verpflichtungen (Anleihen, Warenkredite usw.) zu einer Zeit aufgenommen wurden, da der internationale Geld- und Kapitalmarkt eine nie vorher gekannte Nachfrage nach Kapital kannte, daß sich die Bedingungen für die Berechtigung eines hohen Zinsfußes inzwischen so grundlegend geändert haben, daß seine Aufrechterhaltung nicht nur wirtschaftlich unhaltbar aber moralisch sogar nicht gerechtfertigt sei. Mit dem Zinsproblem für Staatsschulden steht das Zinsproblem der Privatschulden (für Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe) im engsten Zusammenhang. Es sind Bestrebungen am Werke, die eine Senkung der Zinslasten für Schulden, die in früheren Jahren aufgenommen wurden, bezwecken. Es ist kaum anders möglich, als daß eine Reform der Kredit- und Schuldenverhältnisse kommen muß.

Die Entwicklung der Mühlenindustrie in Polen.

Über die Entwicklung der polnischen Möbelindustrie des größten Produktionszentrums in Kalwarja bei Krakau liegt folgender Bericht vor:

„Schon im Jahre 1914 von der Österreichischen Regierung durch Messen und Ausstellungen gefördert, stellt Kalwarja und Umgebung heute das bedeutendste Zentrum der polnischen Möbelindustrie dar. Die Produktion der dort konzentrierten 400 selbständigen Möbeltischlereien erreicht jährlich einen Wert von 5 bis 6 Millionen Zloty; sie umfaßt die verschiedensten Möbelarten bis zu erstklassigsten Luxusmöbeln, wodurch sich die Einfuhr von Wiener Luxusmöbeln fast vollkommen erübrigt. Bemerkt wird, daß die Erzeugung der Möbelindustrie in Kalwarja im letzten Jahr nicht gefallen, sondern noch etwas angestiegen ist. Die kürzliche Ausstellung in Kalwarja hat der Produktion neuen Auftrieb gegeben. Der größte Teil der Exponate im Werte von 120 000 Zloty konnte abgesetzt werden. Die Tischlereiwerkstätten in Kalwarja und Umgebung werden vom Möbelhandel finanziert, der ihnen sowohl das Rohmaterial, als auch das Betriebskapital zur Auszahlung der Löhne zur Verfügung stellt. Der starke finanzielle Einfluß des Handels auf die Produktionsstätten wird jedoch vielfach zu ungunsten der Produzenten ausgenützt. Dies prägt sich insbesondere in den gedrückten Preisen aus, welche die Verdienstspanne der Tischlereien immer stärker einengen." DPW.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 3. September auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 7½%, der Lombardsatz 8½%.

Der Zloty am 2. September. Danzig: Ueberweisung 57,52 bis 57,64, bar 57,53—57,65. Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,90—47,30. Wien: Ueberweisung 79,31—79,79. Prag: Ueberweisung 377,70—379,70. Paris: Ueberweisung 286,00. Zürich: Ueberweisung 57,80. London: Ueberweisung 31,00.

Warschauer Börse vom 2. Septbr. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 359,05, 359,95 — 358,15, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London *), 31,11 — 30,81, Newyork 8,92, 8,94 — 8,90, Oslo —, Paris **), 35,07 — 34,89, Prag 26,38, 26,44 — 26,32, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,95, 173,38 — 172,52, Tallin —, Wien —, Italien 45,74, 45,96 — 45,52.

*) London Umsätze 30,97—30,96.

**) Paris Umsätze 34,98—34,97.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,10.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 2. September Geld	Brief	In Reichsmark 1. September Geld	Brief
2,5 %	1 Amerika	4.209	4.217	4.209	4.217
2 %	1 England	14.59	14.63	14.59	14.63
2,5 %	100 Holland	169.63	169.97	169.63	169.97
9 %	1 Argentinien	0.913	0.917	0.913	0.917
4 %	100 Norwegen	73.13	73.27	73.13	73.27
4 %	100 Dänemark	75.22	75.38	75.22	75.38
6.5 %	100 Island	65.68	65.82	65.68	65.82
3.5 %	100 Schweden	74.92	75.08	74.92	75.08
3.5 %	100 Belgien	58.34	58.46	58.34	58.46
5 %	100 Italien	21.60	21.64	21.60	21.64
2.2 %	100 Frankreich	16.495	16.535	16.495	16.535
2 %	100 Schweiz	81.53	81.69	81.55	81.71
6.5 %	100 Spanien	33.87	33.93	33.87	33.93
—	1 Brasilien	0.321	0.323	0.321	0.323
5.84 %	1 Japan	0.949	0.951	0.969	0.971
—	1 Kanada	3.776	3.784	3.756	3.764
—	1 Uruguay	1.738	1.742	1.738	1.742
5 %	100 Tschechoslowak.	12.465	12.485	12.465	12.485
6.5 %	100 Finnland	6.274	6.286	6.264	6.276
5.5 %	100 Estland	110.59	110.81	110.59	110.81
6 %	100 Lettland	79.72	79.88	79.72	79.88
6.5 %	100 Portugal	13.31	13.33	13.34	13.36
9.5 %	100 Bulgarien	3.057	3.063	3.057	3.063
7.5 %	100 Jugoslawien	6.693	6.707	6.693	6.707
6 %	100 Oesterreich	51.95	52.05	51.95	52.05
6 %	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
4 %	100 Danzig	82.02	82.18	82.07	82.23
9 %	1 Türkei	2.008	2.012	2.008	2.012
11 %	100 Griechenland	2.697	2.703	2.747	2.753
—	1 Kairo	14.97	15.01	14.97	15.01
7 %	100 Rumänien	2.518	2.524	2.518	2.524
—	Warschau	46.90	47.30	46.90	47.30

Züricher Börse vom 2. September. (Amtlich.) Warschau 57,80, Paris 20,24, London 17,91, Newyork 5,16¼, Brüssel 71,60, Italien 26,46, Spanien 41,55, Amsterdam 207,80, Berlin 122,70, Stockholm 91,90, Oslo 89,70, Kopenhagen 92,15, Sofia 3,73, Prag 15,26, Belgrad 8,15, Athen 3,19, Konstantinopel 2,48, Bukarest 3,05, Helsingfors 7,65, Buenos Aires 1,10, Japan 1,18.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zł., do. kl. Scheine 8,87 Zł., 1 Pfd. Sterling 30,75 Zł., 100 Schweizer Franken 172,27 Zł., 100 franz. Franken 34,83 Zł., 100 deutsche Mark 209,00 Zł., 100 Danziger Gulden 173,12 Zł., tschech. Krone —.— Zł., österr. Schilling —.— Zł.

Produktenmarkt.

Warschau, 2. September. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Roggen 16,75—17,00, Einheitsweizen 29,00 bis 29,50, Sammelweizen 28,50—29,00, Einheitshafer 16,50 bis 17,00, Sammelhafer 15,00—15,50, Grützgerste 16,50—17,00, Braugerste 17,50—18,50, Speisefelderbsen 27,00—30,00, Viktoriaerbsen 27,00—30,00, Winterraps 38,00—39,00, Rotklee ohne dicke Flachsseide —.—, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt —.—, roher Weißklee 120,00—160,00, roher Weißklee bis 97% gereinigt 160,00—200,00, Luxus-Weizenmehl 48,00—53,00, Weizenmehl 4/0 43,00—48,00, Roggenmehl I 31,00—33,00, Roggenmehl II 24,00—27,00, Roggenmehl III 23,00—25,00, grobe Weizenkleie 11,50—12,00, mittlere 11,50—12,00, Roggenkleie 8,50—9,00, Leinkuchen 19,00—20,00, Rapskuchen 15,00—16,00, Sonnenblumenkuchen 16,00—16,50, doppelt gereinigte Seradella —,—, blaue Lupinen 15,00—16,00, gelbe 20,00—22,00, Peluschken —,—, Wicke 25,00—26,00.

Umsätze 1255½ to, davon 100 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 2. September. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen, neu, gesund, trocken,	150 to	16.25
	180 to	16.20
	90 to	16.15

Richtpreise:

Weizen, neu	24.50—25.50	Sommerwicke	—.—
Roggen, neu	15.50—15.80	Blaue Lupinen	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	16.00—16.50	Gelbe Lupinen	—.—
Mahlgerste 68 kg	16.50—17.50	Raps	33.00—34.00
Braugerste	19.00—20.00	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Hafer, neu	12.50—13.00		
Roggenmehl (65%)	25.25—26.25	Blauer Mohn	67.00—72.00
Weizenmehl (65%)	39.50—41.50	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenkleie	9.00—10.00	Roggenstroh, gepr.	—.—
Weizenkleie (grob)	10.00—11.00	Heu, lose	—.—
Roggenkleie	9.00—9.25	Heu, gepreßt	—.—
Winterrübsen	32.00—34.00	Netzeheu, lose	—.—
Peluschken	—.—	Netzeheu, gepr.	—.—
Felderbsen	—.—	Leinkuchen 36—38%	—.—
Viktoriaerbsen	22.00—24.00	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Folgererbsen	28.00—30.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 490 to, Weizen 305 to, Gerste 100 to, Roggenmehl 59,5 to, Weizenmehl 3 to, Roggenkleie 10 to, Weizenkleie 5 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Weizen, Roggen, Mahlgerste, Braugerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 2. September. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 208,00—210,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 160,00 bis 162,00, Braugerste 175,00—186,00, Futter- und Industriegerste 162,00—169,00, Hafer, märk. 136,00—141,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 25,00—30,25, Roggenmehl 21,80—24,10, Weizenkleie 9,70—10,80, Roggenkleie 8,25—8,75, Raps —,—, Viktoriaerbsen 21,00—24,00, Kleine Speiseerbsen —,—, Futtererbsen 14,00 bis 17,00, Peluschken —,—, Ackerbohnen —,—, Wicken 17,00—20,00, Lupinen, blaue —,—, Lupinen, gelbe —,—, Serradella —,—, Leinkuchen 10,30—10,50, Trockenschnitzel 9,00—9,40, Soya-Extraktionsschrot 10,90, Kartoffelflocken —,—.

Viehmarkt.

Posener Viehmarkt vom 2. September. (Amtl. Marktbericht der Preisnotierungskommission.)

Es wurden aufgetrieben: — Ochse, 12 Bullen, 38 Kühe; zusammen 50 Rinder; 381 Schweine, 111 Kälber, 3 Schafe, 192 Ferkel; zusammen 737 Tiere.

Aus Anlaß des kleinen Aufgebots fanden keine Notierungen statt.

Die Großpolnische Landwirtschaftskammer gibt folgende Preise für Bacon-Schweine für 100 kg bekannt:

Schweine loco Verlade-Station I. Kl. 86—92
" " " II. Kl. 80—84.

Berliner Viehmarkt vom 2. September. (Amtlicher Bericht der Preisnotierungskommission.)

Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigen Händlergewinn.

Man zahlte für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts (jüngere) —, b) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts im Alter von 4 bis 7 Jahren 34—35, c) junge, fleischige nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 26—30, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 23—25. Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts 30—32, b) vollfleischige jüngere höchsten Schlachtwerts 28—30, c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 26—27, d) gering genährte 22—25. Kühe: a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts 25—27, b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete 20—24, c) fleischige 18—20, d) gering genährte 11—17. Färsen (Kalbinnen): a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 33, b) vollfleischige 29—31, c) fleischige 22—27. Fresser: 17—23.

Kälber: a) Doppellender feinster Mast —,—, b) feinste Mastkälber 45—53, c) mittlere Mast- und beste Saugkälber 37—48, d) geringe Mast- und gute Saugkälber 22—33.

Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast 31—32, 2. Stallmast 36—37, b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte junge Schafe 1. 33—35, 2. 25—28, c) fleischiges Schafvieh 30—32, d) gering genährtes Schafvieh 18—28.

Schweine: a) Fettschweine über 3 Ztr. Lebendgew. —, b) vollfleischige von 240—300 Pfd. Lebendgewicht 44—45, c) vollfleischige von 200—240 Pfd. Lebendgewicht 43—44, d) vollfleischige von 160—200 Pfd. Lebendgewicht 40—42, e) 120—160 Pfd. Lebendgewicht 37—39, f) Sauen 40—41.

Ziegen: —,—.